



# **Medien-Dokumentation zum Thema „Novellierung Online-Glücksspielgesetz“**

## **Zusammenstellung Medienberichte**

Erstellt vom Rechercheteam Spieler-Info.at

Prof. Gert Schmidt

Februar - Oktober 2018

# Recherche Berichterstattung

## Gesetzesnovelle Online-Glücksspiel

### Februar – Oktober 2018

| Datum      | Medium                 | Titel                                                                                                | Seite |
|------------|------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 27.02.2018 | APA OTS<br>BMF         | Löger: „Verstärken Spielerschutz und setzen wichtige Schritte gegen illegales Internet-Glücksspiel.“ | 3     |
| 27.02.2018 | APA                    | Internetsperren: BMF will gegen illegales Online-Glücksspiel vorgehen                                | 4     |
| 27.02.2018 | APA                    | Online-Glücksspiel - Löger: Spieler können Einsätze zurückverlangen                                  | 7     |
| 27.02.2018 | Die Presse.com         | Finanzminister Löger will gegen illegales Online-Glücksspiel vorgehen                                | 8     |
| 27.02.2018 | Der Standard.at        | Provider sollen illegales Online-Glücksspiel abdrehen                                                | 11    |
| 28.02.2018 | APA                    | Online-Glücksspiel - Anbieter empört über geplante Internetsperren                                   | 13    |
| 01.03.2018 | APA                    | Glücksspielgesetz: Entwurf zurückgezogen - "technisches Versehen"                                    | 15    |
| 01.03.2018 | Casino.org             | Österreich will illegale Anbieter blocken und Spielereinsätze zurückerstatten                        | 16    |
| 02.03.2018 | Kurier                 | Peinliche Panne bei Glücksspielnovelle                                                               | 19    |
| 02.03.2018 | Trend                  | Lögers Match mit Wettanbietern                                                                       | 20    |
| 07.03.2018 | APA                    | Glücksspielgesetz - Zurückgezogener Entwurf kommt diese Woche                                        | 22    |
| 12.03.2018 | APA OTS<br>OWG         | Novelle Glücksspielgesetz – Netzsperrern bei Online-Glücksspiel geplant                              | 24    |
| 12.03.2018 | APA Fotoservice<br>OWG | OVWG: Glücksspiel und Digitalisierung                                                                | 27    |
| 12.03.2018 | APA                    | Online-Glücksspiel wächst rasant - 60 Prozent ohne Österreich-Lizenz                                 | 28    |
| 12.03.2018 | APA                    | Online-Glücksspiel - Kreutzer: Es soll nicht zu viele Anbieter geben                                 | 32    |
| 12.03.2018 | Die Presse.com         | Glücksspielmarkt wächst rasant, der Graubereich auch                                                 | 35    |
| 12.03.2018 | Kronen Zeitung         | 1,6 Mrd. Euro geben wir im Jahr für Glücksspiel aus                                                  | 38    |
| 13.03.2018 | Die Presse.com         | Löger zeigt Online-Anbietern von Glücksspiel die Rote Karte                                          | 39    |
| 13.03.2018 | Kleine Zeitung         | Kampf ums halb legale Spiel im Netz                                                                  | 41    |
| 13.03.2018 | Tiroler Tageszeitung   | „Halblegale" Wettanbieter wollen freies Spiel der Kräfte                                             | 43    |
| 13.03.2018 | Kronen Zeitung         | Internet-Glücksspiel droht Totalverlust                                                              | 44    |
| 21.03.2018 | APA                    | Auch für Deutschland zentrale Aufsicht für Onlinecasinos gefordert                                   | 45    |
| 30.03.2018 | APA                    | Weiter Warten auf Entwurf für Glücksspielgesetz-Novelle                                              | 47    |
| 30.03.2018 | Die Presse.com         | Online-Glücksspiel: EuGH bremst Finanzminister                                                       | 48    |

|            |                             |                                                                     |    |
|------------|-----------------------------|---------------------------------------------------------------------|----|
| 04.04.2018 | Der Standard.at             | Internetblockaden gegen illegales Glücksspiel                       | 52 |
| 13.04.2018 | APA                         | Internetsperren - Weiter warten auf Glücksspielgesetznovelle        | 53 |
| 25.04.2018 | Woche /<br>Bezirkszeitungen | Der Kampf um das Online-Glücksspiel                                 | 55 |
| 26.04.2018 | APA                         | Spielsucht: 2017 doppelt so viele Hilfesuchende, 70% zocken online  | 57 |
| 01.06.2018 | APA                         | Online-Glücksspielsektor wuchs auch 2017 stark, grauer Markt riesig | 60 |
| 01.06.2018 | Futurezone.at               | Liberalisierung von österreichischem Online-Glücksspiel gefordert   | 62 |
| 31.07.2018 | APA OTS<br>Arbeiterkammer   | AK: Online-Zocken – Urteil stärkt Spielerschutz                     | 64 |
| 11.09.2018 | Tiroler<br>Tageszeitung     | Glücksspiel: Kammer warnt vor Eingriff                              | 66 |
| 24.10.2018 | Kleine Zeitung.at           | So läuft das lukrative Spiel mit der Sucht                          | 68 |

APA OTS  
BMF  
27.02.2018

OTS0186 5 II 0242 NFI0001

Di, 27.Feb 2018

Glücksspiele/Spielerschutz/BMF/Löger

## **Löger: „Verstärken Spielerschutz und setzen wichtige Schritte gegen illegales Internet-Glücksspiel.“**

Utl.: Sperre von lizenlosem Internet-Glücksspiel geplant; Jugend- und Spielerschutz in Österreich verschärft =

Wien (OTS) - „Im Kampf gegen illegales Internet-Glücksspiel wird mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 ein weiterer wichtiger Schritt im Sinne des Jugend- und Spielerschutzes gesetzt“, so Finanzminister Löger zum heute in Begutachtung geschickten Gesetzesentwurf. Mit der zukünftigen Umsetzung eines Sperrprozederes illegaler IP-Adressen (eines sogenannten „IP-blocking“) wird illegales Internet-Glücksspiel deutlich zurückgedrängt. Weiters wird in das Glücksspielgesetz übernommen, dass bisher geschlossene Verträge zwischen Spielern und illegalen Anbietern nichtig sind. Dadurch wird den Spielern ermöglicht, rückwirkend ihre Einsätze zurück zu verlangen.

„Nachdem lizenlose Anbieter von Online-Glücksspiel in Österreich ohne die erforderliche nationale Genehmigung Glücksspiele anbieten, werden bedeutende Ziele des Allgemeininteresses gefährdet“, erklärt Finanzminister Löger. Laut Marktstudien werde die Zahl illegaler Glücksspielseiten auf rund 2.000 geschätzt. Diese illegalen Glücksspielseiten kommen zumeist den strengen österreichischen Standards bei Jugend- und Spielerschutz sowie den Sorgfaltspflichten gegen Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung nicht nach.

„Wir haben bisher bereits zahlreiche Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz getroffen: Zunächst die Anbindung der legalen Glücksspielautomaten an das Datenrechenzentrum der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZ). Darüber hinaus unterstützt auch die Finanzpolizei mit ihren Kontrollen den Kampf gegen das illegale Automatenglücksspiel ganz wesentlich. Mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 setzt das Bundesministerium für Finanzen konsequent seine Bemühungen um einen möglichst hohen Jugend- und Spielerschutz in Österreich fort“, so Löger abschließend.

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Finanzen, Pressestelle  
(+43 1) 514 33 501 030 oder 501 031  
**[bmf-presse@bmf.gv.at](mailto:bmf-presse@bmf.gv.at)**  
**<http://www.bmf.gv.at>**  
Johannesgasse 5, 1010 Wien

OTS0186 2018-02-27/15:58  
271558 Feb 18

APA  
27.02.2018

APA0375 5 WI 0770 II/CI

Di, 27.Feb 2018

Glücksspiele/Recht/Österreich

## **Internetsperren: BMF will gegen illegales Online-Glücksspiel vorgehen**

**Utl.: Gesetzesänderung in Begutachtung geschickt - Finanzministerium will heimische Monopolistin Casinos Austria schützen - Wien verschärft Wettengesetz**

Wien (APA) - Das Finanzministerium von Hartwig Löger (ÖVP) will den Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel verschärfen. Derzeit sind schätzungsweise 2.000 illegale Zocker-Seiten von Österreich aus im Internet zugänglich - der Staat hat derzeit keine wirkliche Handhabe gegen diese Angebote. Künftig soll der Telekomregulator TTK (Telekom-Control-Kommission) derlei illegale Seiten schnell sperren können.

Das geht aus einem Entwurf für die Änderung des Glücksspielgesetzes (GSpG) hervor, den das Finanzministerium am Dienstag in Begutachtung geschickt hat. Ziel ist es, unter anderem den Spieler- und Jugendschutz zu erhöhen und die teilstaatliche Monopolistin Casinos Austria sowie andere heimische Anbieter von Automatenspielen in den Bundesländern - etwa Novomatic - zu schützen. Weiters soll künftig das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel sowohl für die Glücksspielaufsicht als auch für die Erteilung der Glücksspiellizenzen zuständig sein.

Mit den Maßnahmen im Bereich Online-Glücksspiel will das Finanzministerium freilich auch die Steuereinnahmen erhöhen. Im Erfolgsfall könnten sogar die Glücksspielabgaben und Wettgebühren für die legalen Anbieter gesenkt werden - wenn diese nämlich mehr umsetzen, wird in Aussicht gestellt.

Momentan ist die rechtliche Situation schwierig: Zahlreiche Anbieter von Internet-Glücksspiel sind gar nicht lizenziert oder haben eine Konzession in einem anderen EU-Staat und zahlen in Österreich keine oder kaum Abgaben. Letztere argumentieren mit der EU-Dienstleistungsfreiheit: Eine Konzession zum Beispiel aus Malta genüge, um legal in der ganzen Union tätig sein zu dürfen. Was die Sache verkompliziert: Auf vielen dieser Seiten werden auch Sportwetten angeboten, diese zählen in Österreich, anders als in anderen EU-Ländern, nicht als Glücksspiel. In der Realität sind die Grenzen fließend.

Die wachsende Online-Konkurrenz macht auch den teilstaatlichen Casinos Austria zu schaffen, die derzeit die einzige legale Anbieterin von Online-Glücksspiel sind. Der Konzern,

an dem der Staat ein Drittel hält, darf dank seiner Lotterielizenz auf der Seite win2day Lotto-, Casinospiele und Co. anbieten.

Die Lotterie- und Spielbanklizenzen werden vom Finanzministerium vergeben. Bisher ist nie ein anderes Unternehmen als der Casinos-Austria-Konzern zum Zug gekommen. Die Casinos Austria (inklusive Lotterien) zahlen hohe Steuern und Abgaben, 2017 waren es deutlich über 600 Mio. Euro.

Um das Glücksspielmonopol zu schützen, will das Finanzministerium nun "effektive" Vollzugsmaßnahmen gegen illegales Online-Glücksspiel etablieren. Konkret soll die Telekom-Control-Kommission (TKK) in die Pflicht genommen werden. Der Telekomregulator soll Anbieter "unmittelbar" aufzufordern, das illegale Zockangebot einzustellen. "Gleichzeitig hat die TKK den Provider festzustellen", heißt es in dem Begutachtungsentwurf. Stellt der Anbieter das Glücksspiel nicht ein, "hat die TKK dem Provider die sofortige Sperre der Internetseite aufzutragen". Illegale Online-Glücksspielseiten, so das Ziel, sollen "bei Bedarf binnen kurzer Frist gesperrt werden" können.

Darüber hinaus möchte das Finanzministerium die Glücksspielaufsicht des Bundes und die Erteilung von Glücksspielkonzessionen beim Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (FAGVG) bündeln. Lögers Vorgänger Hans Jörg Schelling (ÖVP) hatte dazu bereits im Dezember, quasi in letzter Minute, eine Verordnung erlassen, mit der er die Erteilung der Lotto- und Casinokonzessionen dem FAGVG zugewiesen hat.

Momentan ist die operative Glücksspielaufsicht über die Bundeskonzessionäre (Casinos Austria) auf BMF und FAGVG aufgeteilt, wobei das Finanzamt bereits jetzt in das elektronische Automatenkontrollsystem des Bundes "maßgeblich" involviert ist sowie ordnungspolitische Prüfungen vornimmt.

Nun soll beim FAGVG ein juristisches "Competence Center Glücksspiel" geschaffen werden, das auch das illegale Online-Glücksspiel laufend prüfen, analysieren und zurückdrängen soll. Das neue "CC Glücksspiel" soll auch die Ausschreibung, das Verfahren und die Erteilung der Glücksspielkonzessionen des Bundes (Spielbanken und Lotto) übernehmen.

Bei Monopolgegnern hat die Doppelrolle des Finanzministerium immer wieder für Kritik gesorgt: einerseits ist das BMF für die Wahrung von Spieler- und Jugendschutz zuständig, andererseits hat es Interesse an hohen Umsätzen der Casinos Austria, weil dadurch hohe Steuern anfallen.

Die neuen Maßnahmen kosten auch etwas: zusätzliche zehn Vollzeitstellen sollen beim FAGVG entstehen.

Zu einer Verschärfung der Gesetzeslage kommt es auch in Wien. Die Stadt will ihr Wettengesetz erneut ändern. Der entsprechende Entwurf liegt nun öffentlich auf, beschlossen werden soll das ganze voraussichtlich in der Landtagssitzung am 23. März. Wer wetten will, soll sich ausweisen müssen. Bei Einsätzen ab 1.000 Euro und Gewinnen ab 2.000 Euro müssen Wettfirmen die Identität der Kunden im Wettbuch aufzeichnen. Weiters bekommen Anbieter mehr Kontrollpflichten, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung hintanzuhalten.

Erstmalige Bewilligungen für Wettunternehmer sollen auf drei Jahre begrenzt werden. Und: Lokale, die wie ein Wettbüro aussehen, brauchen ebenfalls eine Bewilligung als Wettunternehmer sowie eine Betriebsstättengenehmigung. Damit will die Stadt auch Lokale unter Kontrolle bringen, die "nur" Sportveranstaltungen via Fernsehen zeigen, in denen jedoch übers Smartphone gewettet wird. Es soll nun schon eine WLAN-Verbindung "mit dem offensichtlichen Zweck der Ermöglichung von Wettabschlüssen" genügen.

Autor: snu/sp

APA  
27.02.2018

APA0451 5 WI 0077 II/CI Siehe APA0375/27.02

Di, 27.Feb 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Online-Glücksspiel - Löger: Spieler können Einsätze zurückverlangen**

**Utl.: Internetsperren für illegale Seiten geplant**

Wien (APA) - Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) will mit der geplanten Sperre illegaler Online-Glücksspielseiten (IP blocking) das nicht erlaubte Zocken deutlich zurückdrängen. Darüber hinaus sollen mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 bisher geschlossene Verträge zwischen Spielern und illegalen Anbietern nichtig werden.

"Dadurch wird den Spielern ermöglicht, rückwirkend ihre Einsätze zurückzuverlangen", so der Finanzminister am Dienstagnachmittag in einer Aussendung.

Autor: snu/ivn

Die Presse.com

27.02.2018

Link: <https://www.diepresse.com/5379459/finanzminister-loger-will-gegen-illegales-online-gluecksspiel-vorgehen>

## Finanzminister Löger will gegen illegales Online-Glücksspiel vorgehen

27.02.2018 um 16:19

Mit den geplanten Maßnahmen sollen auch die Steuereinnahmen des Bundes erhöht werden. Internetsperren für illegale Seiten sind vorgesehen.

Das Finanzministerium von Hartwig Löger (ÖVP) will den Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel verschärfen. Derzeit sind schätzungsweise 2.000 illegale Zocker-Seiten von Österreich aus im Internet zugänglich - der Staat hat derzeit keine wirkliche Handhabe gegen diese Angebote. Künftig soll der Telekomregulator TKK (Telekom-Control-Kommission) derlei illegale Seiten schnell sperren können.

Löger will mit der geplanten Sperre illegaler Online-Glücksspielseiten (IP blocking) das nicht erlaubte Zocken deutlich zurückdrängen. Darüber hinaus sollen mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 bisher geschlossene Verträge zwischen Spielern und illegalen Anbietern nichtig werden. "Dadurch wird den Spielern ermöglicht, rückwirkend ihre Einsätze zurückzuverlangen", so der Finanzminister am Dienstagnachmittag in einer Aussendung.

Das geht aus einem Entwurf für die Änderung des Glücksspielgesetzes (GSpG) hervor, den das Finanzministerium am Dienstag in Begutachtung geschickt hat. Ziel ist es, unter anderem den Spieler- und Jugendschutz zu erhöhen und die teilstaatliche Monopolistin Casinos Austria sowie andere heimische Anbieter von Automatenspiel in den Bundesländern - etwa Novomatic - zu schützen. Weiters soll künftig das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel sowohl für die Glücksspielaufsicht als auch für die Erteilung der Glücksspiellizenzen zuständig sein.

### Rechtliche Situation verzwick

Mit den Maßnahmen im Bereich Online-Glücksspiel will das Finanzministerium freilich auch die Steuereinnahmen erhöhen. Im Erfolgsfall könnten sogar die Glücksspielabgaben und Wettgebühren für die legalen Anbieter gesenkt werden - wenn diese nämlich mehr umsetzen, wird in Aussicht gestellt.

Momentan ist die rechtliche Situation schwierig: Zahlreiche Anbieter von Internet-Glücksspiel sind gar nicht lizenziert oder haben eine Konzession in einem anderen

EU-Staat und zahlen in Österreich keine oder kaum Abgaben. Letztere argumentieren mit der EU-Dienstleistungsfreiheit: Eine Konzession zum Beispiel aus Malta genüge, um legal in der ganzen Union tätig sein zu dürfen. Was die Sache verkompliziert: Auf vielen dieser Seiten werden auch Sportwetten angeboten, diese zählen in Österreich, anders als in anderen EU-Ländern, nicht als Glücksspiel. In der Realität sind die Grenzen fließend.

Die wachsende Online-Konkurrenz macht auch den teilstaatlichen Casinos Austria zu schaffen, die derzeit die einzige legale Anbieterin von Online-Glücksspiel ist. Der Konzern, an dem der Staat ein Drittel hält, darf dank seiner Lotterielizenz auf der Seite win2day Lotto-, Casinospiele und Co. anbieten.

## Schutz für Casinos Austria

Die Lotterie- und Spielbanklizenzen werden vom Finanzministerium vergeben. Bisher ist nie ein anderes Unternehmen als der Casinos-Austria-Konzern zum Zug gekommen. Die Casinos Austria (inklusive Lotterien) zahlen hohe Steuern und Abgaben, 2017 waren es deutlich über 600 Mio. Euro.

Um das Glücksspielmonopol zu schützen, will das Finanzministerium nun "effektive" Vollzugsmaßnahmen gegen illegales Online-Glücksspiel etablieren. Konkret soll die Telekom-Control-Kommission (TKK) in die Pflicht genommen werden. Der Telekomregulator soll Anbieter "unmittelbar" aufzufordern, das illegale Zockangebot einzustellen. "Gleichzeitig hat die TKK den Provider festzustellen", heißt es in dem Begutachtungsentwurf. Stellt der Anbieter das Glücksspiel nicht ein, "hat die TKK dem Provider die sofortige Sperre der Internetseite aufzutragen". Illegale Online-Glücksspielseiten, so das Ziel, sollen "bei Bedarf binnen kurzer Frist gesperrt werden" können.

Darüber hinaus möchte das Finanzministerium die Glücksspielaufsicht des Bundes und die Erteilung von Glücksspielkonzessionen beim Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (FAGVG) bündeln. Lögers Vorgänger Hans Jörg Schelling (ÖVP) hatte dazu bereits im Dezember, quasi in letzter Minute, eine Verordnung erlassen, mit der er die Erteilung der Lotto- und Casinokonzessionen dem FAGVG zugewiesen hat.

## Neue Glückspielaufsicht

Momentan ist die operative Glücksspielaufsicht über die Bundeskonzessionäre (Casinos Austria) auf BMF und FAGVG aufgeteilt, wobei das Finanzamt bereits jetzt in das elektronische Automatenkontrollsystem des Bundes "maßgeblich" involviert ist sowie ordnungspolitische Prüfungen vornimmt.

Nun soll beim FAGVG ein juristisches "Competence Center Glücksspiel" geschaffen werden, das auch das illegale Online-Glücksspiel laufend prüfen, analysieren und zurückdrängen soll. Das neue "CC Glücksspiel" soll auch die

Ausschreibung, das Verfahren und die Erteilung der Glücksspielkonzessionen des Bundes (Spielbanken und Lotto) übernehmen.

Bei Monopolgegnern hat die Doppelrolle des Finanzministerium immer wieder für Kritik gesorgt: einerseits ist das BMF für die Wahrung von Spieler- und Jugendschutz zuständig, andererseits hat es Interesse an hohen Umsätzen der Casinos Austria, weil dadurch hohe Steuern anfallen.

Die neuen Maßnahmen kosten auch etwas: zusätzliche zehn Vollzeitstellen sollen beim FAGVG entstehen.

Zu einer Verschärfung der Gesetzeslage kommt es auch in Wien. Die Stadt will ihr Wettengesetz erneut ändern. Der entsprechende Entwurf liegt nun öffentlich auf, beschlossen werden soll das ganze voraussichtlich in der Landtagssitzung am 23. März. Wer wetten will, soll sich ausweisen müssen. Bei Einsätzen ab 1.000 Euro und Gewinnen ab 2.000 Euro müssen Wettfirmen die Identität der Kunden im Wettbuch aufzeichnen. Weiters bekommen Anbieter mehr Kontrollpflichten, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung hintanzuhalten.

Erstmalige Bewilligungen für Wettunternehmer sollen auf drei Jahre begrenzt werden. Und: Lokale, die wie ein Wettbüro aussehen, brauchen ebenfalls eine Bewilligung als Wettunternehmer sowie eine Betriebsstättengenehmigung. Damit will die Stadt auch Lokale unter Kontrolle bringen, die "nur" Sportveranstaltungen via Fernsehen zeigen, in denen jedoch übers Smartphone gewettet wird. Es soll nun schon eine WLAN-Verbindung "mit dem offensichtlichen Zweck der Ermöglichung von Wettabschlüssen" genügen.

(APA)

Der Standard.at

27.02.2018

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000075128245/finanzministerium-will-gegen-illegales-online-gluecksspiel-vorgehen>

## GESETZESÄNDERUNG

# Provider sollen illegales Online-Glücksspiel abdrehen

Illegale Zockerseiten sollen schnell gesperrt werden können, eine entsprechende Gesetzesänderung wurde in Begutachtung geschickt

27. Februar 2018, 15:55



Unter Hartwig Löger (ÖVP) sollen illegale Online-Glücksspiel-Seiten schnell vom Netz gehen, um unter anderem die heimische Monopolistin Casinos Austria zu schützen.

Wien – Der Staat hat ein ambivalentes Verhältnis zum Online-Glücksspiel. Eigentlich ist in Österreich nur das Angebot der Casinos Austria namens Win2day zulässig, die über die entsprechende Konzession für digitales Zocken verfügt. Doch die Praxis sieht anders aus. Ob Interwetten, Mr. Green oder Bet-at-Home: Hier werden nicht nur die erlaubten Sportwetten entgegengenommen, sondern auch Roulette, Poker, Black Jack und anderes Glücksspiel abgewickelt.

Obwohl eigentlich unzulässig, zahlen einige diese Firmen hierzulande auch Steuern in Form der Glücksspielabgabe. Die Behörden sehen darin kein Problem: Wer hätte etwas davon, wenn illegales Glücksspiel nicht nur geduldet würde, sondern obendrein auch noch steuerfrei wäre?

Das soll sich nun ändern. Finanzminister Hartwig Löger hat einen Gesetzesentwurf in Begutachtung geschickt, auf dessen Basis unerlaubtes Glücksspiel abgedreht werden soll. Konkret soll die Telekom Control Kommission die Anbieter zur Einstellung der Aktivität auffordern. Wird die Vorgabe nicht erfüllt, hat die Einrichtung dem Provider "die sofortige Sperre der Internetseite aufzutragen".

### **Spielerschutz soll erhöht werden**

Das Finanzministerium beruft sich bei der Vorgangsweise auf den Spielerschutz, der erhöht werden soll. Derzeit seien rund 2.000 Online-Glücksspielfirmen aktiv, wobei das Angebot ständig zunehme. Legale inländische Unternehmen erlitten dadurch Marktanteilsverluste, heißt es in der Folgenabschätzung des Entwurfs.

Wobei mit inländischen Unternehmen die Casinos Austria AG gemeint ist, an der die Republik ein Drittel der Anteile hält. Zudem wird mit dem Entwurf eine Grundlage geschaffen, erlittene Glücksspielverluste in der Verjährungsfrist von 30 Jahren zurückzufordern. "Es ist davon auszugehen, dass sich bestehende Anbieter illegaler Glücksspiele auf Grund der enormen Klagsrisiken als auch des damit einhergehenden Reputationsschadens im In- und Ausland vom österreichischen Markt zurückziehen und potenzielle illegale Anbieter vom Marktzutritt abgehalten werden", so die Einschätzung des Finanzministeriums.

### **Klagen drohen**

Allerdings könnte der Plan auf europarechtliche Hürden stoßen. Die meisten Anbieter verfügen über eine Konzession im EU-Ausland, wobei hier Malta mit rund 300 Zulassungen hervorsticht. Sie vertreten die Ansicht, dass ihre Konzession auch zum Glücksspiel in Österreich berechtigt. Gegen die Vorgangsweise der Republik werden hinter vorgehaltener Hand bereits rechtliche Schritte angekündigt. Potenziell betroffene Unternehmen argumentieren zudem, dass ihre jetzige Steuerleistung im Falle einer Netzsperrung wegfallen würde. Diese Ansicht wird vom Finanzministerium bestätigt. Der finanzielle Schaden werde aber wegen des höheren Spielerschutzes in Kauf genommen, heißt es. (as, 27.2.2018)

APA  
28.02.2018

APA0447 5 WI 0460 II/CI Siehe APA0451/27.02

Mi, 28.Feb 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Online-Glücksspiel - Anbieter empört über geplante Internetsperren**

**Utl.: "Werden uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen"**

Wien (APA) - Die vom Finanzministerium geplanten Internetsperren von Online-Glücksspielseiten außer der Casinos-Austria-Plattform win2day sorgen bei den Betroffenen für Kopfschütteln. "Wir werden uns gegen das geplante IP blocking mit allen rechtlichen und sonstigen Mitteln zu Wehr setzen", sagte Claus Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG), zur APA.

Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) hat am Dienstag einen Entwurf für die Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG) in Begutachtung geschickt. Neben Internetsperren ist auch vorgesehen, dass Spieler ihre Online-Verluste rückwirkend zurückfordern können - innerhalb einer Verjährungsfrist von 30 Jahren. Es sollen nämlich sämtliche Verträge zwischen Online-Glücksspielanbietern und deren Kunden nichtig werden.

Retschitzegger, auch Sprecher von bet-at-home, will das gar nicht kommentieren.

In der Branche ist man dem Vernehmen nach in besonderer Alarmbereitschaft, denn auf große Anbieter wie bet-at-home, bwin oder Tipico könnte eine Klagswelle zukommen, wenn Spieler ihre Verluste zurückfordern, wie es zur APA heißt. Wenn die Verträge rückwirkend für nichtig erklärt werden, sei es auf der anderen Seite theoretisch auch denkbar, dass Glücksspielanbieter ausgezahlte Gewinne zurückklagen.

So weit soll es aber gar nicht kommen, denn die Online-Glücksspielanbieter wollen jetzt beim Finanzminister und anderen Politikern Überzeugungsarbeit leisten, so Retschitzegger am Mittwoch. Er und seine Kollegen lobbyieren seit Jahren für eine Online-Marktöffnung. "Es gibt gute Beispiele, etwa in Großbritannien oder Dänemark. Da reguliert man Online-Casinos und bietet Konzessionen an." So werde der Spielerschutz gewahrt und der Staat nehme Steuern ein. "Das ist für alle Beteiligten von Vorteil."

Würden Seiten wie bet-at-home oder bwin in Österreich abgedreht, hätte das "drastische" wirtschaftliche Auswirkungen. Allein bet-at-home beschäftigt in Linz rund 300 Mitarbeiter,

insgesamt wären hunderte IT-Jobs gefährdet. Darüber hinaus entgingen dem Finanzminister hohe Steuereinnahmen, warnt Retschitzegger.

Paradoxerweise zahlen bet-at-home und Co., obwohl sie der Staat für illegal hält, Glücksspielabgabe - "40 Prozent vom Ertrag", so Retschitzegger. "Wir wollen in Österreich investieren, wir wollen Steuern zahlen."

An Online-Sportwetten- und -Glücksspielanbietern hänge zudem eine Wertschöpfungskette, Stichwort Sportsponsoring und Werbung. "Tipico ist Namensgeber der Bundesliga", erinnert Retschitzegger.

Die Frage, ob Online-Glücksspielanbieter in Österreich legal sind, beschäftigt Politik und Gerichte seit Jahren. Private Anbieter halten das Glücksspielmonopol - in Österreich hat seit jeher der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern die Spielbanklizenzen und Lottolizenz inne - für EU-rechtswidrig. Ihre Argumentation: Mit einer Lizenz aus einem EU-Land dürfe man in der ganzen Union anbieten. Viele Anbieter haben eine Konzession aus Malta, der kleine Inselstaat hat rund 300 solche (günstige) Berechtigungen ausgestellt.

Das Finanzministerium will mit der geplanten Novelle auch das Monopol der Casinos Austria, an dem es ein Drittel hält, schützen. Sportwetten sind in Österreich, anders als in vielen anderen EU-Ländern, nicht als Glücksspiel deklariert und erlaubt.

Autor: snu/tsk

APA  
01.03.2018

APA0533 5 WI 0114 CI

Do, 01.Mär 2018

Glücksspiele/Öffentliche Finanzen/Österreich

## **Glücksspielgesetz: Entwurf zurückgezogen - "technisches Versehen"**

**Utl.: Finanzministerium hat Gesetzesentwurf mit Verschärfungen für Online-Glücksspiel zurückgezogen - Gesetz wurde laut Ministerium wegen "technischen Versehens" zu früh verschickt**

Wien (APA) - Das Finanzministerium hat seinen Dienstag veröffentlichten Gesetzesentwurf für ein schärferes Vorgehen gegen illegales Online-Glücksspiel zurückgezogen. Der Gesetzestext war am Donnerstagnachmittag nicht mehr auf der Homepage des Parlaments aufzufinden. Nach Angaben des Ministeriums wurde der Entwurf aufgrund eines "technischen Versehens" zu früh verschickt.

Der Entwurf wird nach Angaben des Ministeriumssprechers in den nächsten Tagen neu verschickt. Substanzielle inhaltliche Änderungen soll es demnach nicht geben. Die Glücksspielgesetz-Novelle 2018 sollte u.a. die Möglichkeit von Netzsperrern gegen die Anbieter illegaler Online-Glücksspiele bringen sowie das Recht, Einsätze zurückzufordern. Die Betreiber der Internet-Portale reagierten empört.

Autor: has/kre

Casino.org

01.03.2018

Link: <https://www.casino.org/de/nachrichten/osterreich-will-illegale-seiten-blocken-und-spielereinsatze-zuruckerstatten/>

## Österreich will illegale Anbieter blocken und Spielereinsätze zurückerstatten

Eine Gesetzesnovelle in Österreich sieht vor, illegale Glücksspielanbieter im Internet zu blockieren. Dazu sollen die IP-Adressen der Seiten nicht mehr erreichbar sein. Der Gesetzestext enthält außerdem einen Absatz, der Verträge zwischen Spielern und nicht in Österreich lizenzierten Anbietern für nichtig erklärt. Infolgedessen könnten österreichische Spieler ihre Einsätze bis auf 30 Jahre zurückfordern. Schätzungen von Marktforschungsunternehmen zufolge, soll es in der Alpenrepublik rund 2.000 illegale Glücksspielseiten im Internet geben.



Finanzminister Hartwig Löger will gegen nicht lizenziertes Online Glücksspiel vorgehen (Bild: noen.at)

## Glücksspielgesetz-Novelle 2018: Spielerschutz und Kampf gegen den Schwarzmarkt

Die sogenannte Glücksspielgesetz-Novelle 2018 wird unter anderem auf der [Webseite](#) des Bundesministeriums für Finanzen vorgestellt und soll das geltende Glücksspielgesetz (GSpG) in Österreich erweitern. Auf dem Internetauftritt des Ministeriums beruft man sich vor allem auf den nicht vorhandenen Spielerschutz bei

unlizenzierten Anbietern und stellt das Wohlergehen der Spieler in den Vordergrund. In der Erklärung zur Novelle heißt es:

*„Im Kampf gegen illegales Internet-Glücksspiel wird mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 ein weiterer wichtiger Schritt im Sinne des Jugend- und Spielerschutzes gesetzt. Mit der zukünftigen Umsetzung eines Sperrprozederes illegaler IP-Adressen (eines sogenannten „IP-blocking“) wird der Grundstein für ein Zurückdrängen des illegales Internet-Glücksspiel gelegt.“*

Finanzminister Hartwig Löger kündige ein härteres Vorgehen gegen illegale Online-Anbieter an und stellt dabei ebenfalls den Spielerschutz in den Vordergrund:

*„Da lizenzlose Anbieter von Online-Glücksspielen in Österreich ohne die erforderliche nationale Genehmigung Glücksspiele anbieten, werden bedeutende Ziele des Allgemeininteresses gefährdet. [...] Mit der Glücksspielgesetz-Novelle 2018 setzt das Bundesministerium für Finanzen konsequent seine Bemühungen um einen möglichst hohen Jugend- und Spielerschutz in Österreich fort.“*

Nicht zu vergessen sei laut Hartwig Löger außerdem, dass illegale Anbieter meist keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen zur Vermeidung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einsetzen würden.

## Schutz für den nationalen Markt

Neben den großen Themen Spieler- und Jugendschutz soll das neue Gesetz auch dafür sorgen, österreichische Glücksspielfirmen gegen unerlaubte ausländische Konkurrenz zu schützen. Dabei hat der Staat vor allem die teilstaatlichen Spielbanken der Casinos Austria, an denen Österreich zu einem Drittel beteiligt ist, und den Milliardenkonzern Novomatic im Visier. Diese Unternehmen zahlen im Gegensatz zu nicht regulierten Anbietern Steuern in Österreich und sind daher ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Casino Austria ist sogar der einzige legale Anbieter für Online Glücksspiele im Land, da Mitstreiter lediglich über Lizenzen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten verfügen oder teilweise auch gar nicht reguliert sind. Ob EU-Lizenzen im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit ausreichend sind, ist bislang nicht abschließend geklärt, vor allem dann, wenn auch Sportwetten angeboten werden.

Die Glücksspielgesetz-Novelle 2018 ist jedoch noch nicht beschlossen. Stattdessen hat diese Woche das sogenannte Begutachtungsverfahren begonnen, das noch bis zum 8. März anhält. Das Begutachtungsverfahren stellt eine Form der politischen Beteiligung und Einflussnahme in Österreich dar. Es bietet Bürgern die Möglichkeit, sich zu einem Gesetz zu äußern. Stellungnahmen können elektronisch an das Finanzministerium übermittelt werden.

## Protest bei Anbietern

Die geplante Sperre aller Seiten mit Ausnahme des Portals von Casinos Austria sorgt unter den anderen Anbietern im Land für großen Unmut. Die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel hat bereits angekündigt, mit allen Mitteln gegen das Gesetz vorgehen zu wollen und weist darauf hin, dass große Namen wie Tipico, bet-at-home und Co. Abgaben von bis zu 40 % ihres Ertrages an das Land zahlen sowie mehrere hundert Mitarbeiter beschäftigen. Außerdem sei mit einer Klagewelle zu rechnen, wenn nicht nur Spieler Einsätze, sondern auch Casinos Gewinne zurückfordern würden.

Auch in der Schweiz ist das Thema [Netzsperrern](#) in aller Munde. Das neue Geldspielgesetz sieht sogar noch strengere Blockaden vor und will die Webseiten aller ausländischen Anbieter, die nicht über eine Niederlassung in der Schweiz verfügen, sperren. In einer Volksabstimmung wird am 10. Juni über das Gesetz abgestimmt.

Kurier

02.03.2018

## ÜBERBLICK

## WEITERE MELDUNGEN

### Mehr Umsatz für Gebrüder Weiss

**Logistiker.** Der Vorarlberger Konzern Gebrüder Weiss steigerte im Vorjahr seinen Nettoumsatz um rund 14 Prozent auf 1,55 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 4,7 Prozent auf 6724 (Vollzeitäquivalente).

### ExxonMobil stoppt Projekte mit Rosneft

**Russland.** Wegen der Sanktionen gegen Russland stoppt der US-Ölriese ExxonMobil die meisten Gemeinschaftsunternehmen mit dem russischen Rosneft-Konzern. Der Beschluss sei bereits Ende des Vorjahres gefasst worden.

### Peinliche Panne bei Glücksspiel-Novelle

**Gesetzesentwurf.** Peinliche Panne im Finanzministerium: Der Gesetzesentwurf für ein schärferes Vorgehen gegen illegales Online-Glücksspiel wurde wegen eines „technischen Versehens“ zu früh veröffentlicht. Der Text soll jetzt in den nächsten Tagen neu verschickt werden, substanzielle Änderungen soll es aber nicht geben. Die Novelle soll u.a. Internetsperren ermöglichen und vorsehen, dass Spieler ihre Einsätze zurückfordern können. Die Betreiber von Online-Glücksspielen sind empört und kündigten bereits Widerstand an.

TREND

02.03.2018



**TREND WIRTSCHAFT**

# START

## LÖGERS MATCH MIT MIT WETTANBIETERN

**SCHLUSSPFIFF?**  
Dem heimischen Fußball könnten Sponsorengelder von Wettanbietern abhanden kommen, wenn der Finanzminister für Online-Aktivitäten eine österreichische Lizenz verlangt - die es in dieser Form nicht gibt.

Die geplante Änderung des Glücksspielgesetzes durch den Finanzminister bringt die Online-Wettanbieter in Rage. Sie drohen mit Klagen bei der EU und dem großflächigen Abzug von Sponsorgeldern.

VON KLAUS PUCHLEITNER

**S**o geht Überrumpelung: Der Entwurf zur Abänderung des Glücksspielgesetzes, den Finanzminister Hartwig Löger am Dienstag überraschend dem Parlament übermittelte, sorgt für helle Aufregung in der Branche.

Löger erwischte viele private Anbieter von Online-Glücksspielen - zumeist Sportwetten - auf dem falschen Fuß. Sein Entwurf, der nun bis 8. März zur Begutachtung aufliegt, bevor die Endfassung dem Ministerrat zum Beschluss vorgelegt wird, enthält Dramatisches für die Branche: Wer über keine österreichische Lizenz verfügt, dem soll die Geschäftsgrundlage entzogen werden. Denn „Aus-

8 TREND 02.2018

spielungen über elektronische Medien vom Inland aus“, so heißt es im Entwurf, werden schlicht verboten. Zwei Wochen hätten die Anbieter Zeit, sich entweder eine heimische Lizenz zu besorgen oder ihre Seiten vom Netz zu nehmen. Danach wäre die Regulierungsbehörde verpflichtet, die Seiten zu sperren.

Das Problem: Österreichische Lizenzen gibt es eigentlich nicht, lediglich die staatlichen Lotterien verfügen über eine solche Zulassung. Alle anderen Anbieter – neben prominenten Unternehmen wie bet-at-home, bwin oder Cashpoint noch viele andere, zum Teil Kleinstunternehmen – arbeiten mit Lizenzen von EU-Mitgliedern wie Malta oder Gibraltar. Über 50 Prozent des Marktvolumens könnten vom Bann des Finanzministers betroffen sein.

**ENTRÜSTUNG.** Die Branche beginnt schon, massiven Widerstand zu organisieren, wenngleich man sich nach Lögers Überraschungscoup erst einmal sortieren muss. Bei den betroffenen Unternehmen will sich vorerst niemand äußern. „Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen“, sagt jedoch Raffaella Zillner von der Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG). Der Gesetzesentwurf widerspreche sowohl EU-Recht als auch dem heimischen Monopolgesetz. Außerdem verwahre man sich gegen die Bezeichnung „illegales Glücksspiel“, alle Anbieter agierten auf Basis gültiger EU-Lizenzen. Die Betroffenen würden „jedenfalls ganz sicher“ auf EU-Ebene gegen das Gesetz klagen, kündigt Zillner an.

Bis es soweit ist, wollen die Online-Wettanbieter alles in Bewegung setzen, um Lögers Entwurf noch auszuhebeln. Sie drohen etwa mit dem großflächigen Abzug von Sponsorgeldern. „Denken sie nur, was mit dem Fußball geschieht, wenn Sponsoren wegfallen“, sagt Zillner und verweist als Beispiel auf den Vorarlberger Bundesligaklub Altach, dessen Hauptsponsor der Wettanbieter Cashpoint ist. Auch Steuern könnten künftig im Ausland statt an den österreichischen Fiskus abgeführt werden, sagt Zillner.

Bis Dienstag wollen die Wettanbieter, die eine bewusste Bevorzugung des staatlichen Casinos- und Lotterien-Konzerns vermuten, nun ihre Reihen schließen und mit der Präsentation einer Studie zu ihrer Bedeutung für die heimische Wirtschaft an die Öffentlichkeit gehen.

Wetten zum Ausgang des Konfliktes werden derzeit noch keine angeboten. ■

APA  
07.03.2018

APA0350 5 WI 0567 II/CI

Mi, 07.Mär 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Glücksspielgesetz - Zurückgezogener Entwurf kommt diese Woche**

**Utl.: Laut Finanzministerium soll es "keine substanziellen inhaltlichen Veränderungen" geben - Betroffene Anbieter wegen geplanter Internetsperren auf den Barrikaden**

Wien (APA) - Das Finanzministerium will seinen bereits veröffentlichten, jedoch kurz darauf zurückgezogenen Gesetzesentwurf für ein schärferes Vorgehen gegen illegales Online-Glücksspiel diese Woche - am Donnerstag oder Freitag - erneut in Begutachtung schicken. Das sagte ein Sprecher der Ministeriums am Mittwoch zur APA.

Der Entwurf hat bereits für große Empörung bei den betroffenen Online-Glücksspielanbietern gesorgt, sah er doch Internetsperren von illegalen Spielseiten und das Recht, verlorene Einsätze 30 Jahre lang zurückzufordern, vor.

Die Zurückziehung hatte das Finanzministerium vergangene Woche damit begründet, dass der Entwurf aufgrund eines "technischen Versehens" zu früh verschickt worden sei. Der neue Entwurf soll "keine substanziellen inhaltlichen Veränderungen bringen", bekräftigte der Ministeriumssprecher am Mittwoch.

Laut Informationen von mit der Materie Betrauten ging es lediglich um "Befindlichkeiten" bei einer der beiden Regierungsparteien. Jemand habe sich übergangen gefühlt, weil er den fertigen Entwurf nicht noch einmal zu Gesicht bekommen habe.

Mit der Novelle des Glücksspielgesetzes (GSpG) soll der Staat eine Handhabe gegen die rund 2.000 illegalen, von Österreich aus zugänglichen Glücksspielseiten im Internet bekommen. Der Telekomregulator TKK (Telekom-Control-Kommission) soll Portale rasch sperren können. Während betroffene Anbieter wegen des geplanten IP-Blockings auf den Barrikaden sind und chinesische Verhältnisse befürchten, verweisen Verfechter des österreichischen Glücksspielmonopols darauf, dass es bereits in 15 EU-Ländern sowie in der Schweiz Internetsperren im Glücksspielbereich gebe. Diese seien ein taugliches Mittel, um das Monopol zu schützen.

Rot sehen die betroffenen Anbieter wie zum Beispiel bet-at-home oder bwin, die in Österreich übrigens einiges an Steuern zahlen, bei der vorgesehenen Möglichkeit, verlorene

Spieleinsätze zurückzuklagen. Nach Plan des BMF sollen nämlich sämtliche Verträge zwischen Online-Glücksspielanbietern und deren Kunden nichtig werden. Die Anbieter fürchten eine Klagswelle, Rechtsexperten meinen sogar, es könnten umgekehrt auch Glücksspielfirmen ausgezahlte Gewinne von Kunden via Gericht zurückverlangen.

Die Möglichkeit, verlorene Glücksspieleinsätze von Anbietern zurückzuklagen, die in Österreich nach dem GSpG keine Glücksspiele anbieten dürfen, gebe es aber schon jetzt, sagen Befürworter der Gesetzesverschärfung. Ende Juli 2017 hat das der Oberste Gerichtshof (OGH) eine solche Entscheidung zugunsten eines Spielers getroffen. Kürzlich verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Wien einen bekannten Anbieter mit einer Lizenz aus Malta rechtskräftig, einem Kunden 70.000 zurückzuzahlen.

Laut Glücksspielgesetz darf in Österreich nur der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern auf seinem Portal win2day Online-Glücksspiel anbieten. Dazu berechtigt ihn die vom Finanzministerium vergebene Lottolizenz. Alternative Anbieter, die sich in Österreich auch als große Sportsponsoren hervortun, meinen, das Glücksspielmonopol sei EU-rechtswidrig. Mit einer Lizenz aus Malta oder einem anderen EU-Land dürften sie in der ganzen Union, also auch in Österreich, anbieten.

Die Frage, ob das Glücksspielmonopol EU-rechtskonform ist, hat jahrelang die heimischen Gerichte und sogar den Europäischen Gerichtshof (EuGH) beschäftigt. Die österreichischen Höchstgerichte sehen das Monopol mittlerweile als EU-rechtskonform an. Einzelne Gerichte wie das Landesverwaltungsgericht (LVwG) Oberösterreich scheren aber immer wieder aus, sie halten das GSpG nach wie vor für unionsrechtswidrig.

Die EU-Kommission hat Ende 2017 alle Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten im Glücksspielbereich eingestellt. Die Regelungen des Glücksspielsektors bleiben somit den einzelnen Ländern überlassen. Ein Monopol darf aber nicht ausschließlich der Steueroptimierung dienen, sondern muss auch den Spielerschutz und die Kriminalitätsprävention im Blick haben. In Österreich haben Monopolgegner in der Vergangenheit kritisiert, dass der Monopolinhaber viel Werbung mache, was dem Spielerschutz zuwiderlaufe.

Online-Glücksspielanbieter lobbyieren hierzulande seit Jahren für eine Öffnung des Marktes, sie hätten gerne Lizenzen wie etwa in Großbritannien.

Autor: snu/sp

APA OTS  
Branchenverband OWG  
12.03.2018

OTS0086 5 WI 0848 NEF0004 II

Mo, 12.Mär 2018

Glücksspiele/Bundesregierung/Innenpolitik/Parlament

## **Novelle Glücksspielgesetz – Netzsperrn bei Online-Glücksspiel geplant**

**Wien (OTS) - Geplante Neuregelung gefährdet 1000 qualifizierte Arbeitsplätze – Sportsponsoring und Marketingausgaben in Höhe von 50 Mio. Euro stehen auf dem Spiel – Branchenverband OVWG fordert Rechtssicherheit und Lizenzierungssystem – Studie fordert neue Rahmenbedingungen**

In den kommenden Tagen wird vonseiten des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) ein Entwurf zur Novelle des Glücksspielgesetzes mit Fokus auf Online-Glücksspiel erwartet. Dieser Entwurf bedeutet eine weitere Einzementierung des bisherigen Monopolisten, indem er anderen Anbietern (sie repräsentieren 60 Prozent des Marktes) die Marktteilnahme unmöglich machen würde. Auch vor dem Hintergrund des überdurchschnittlich schnell wachsenden Onlinemarktes wird ein Gesetz mit dieser Stoßrichtung von der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) abgelehnt. Denn seriöse Anbieter dürfen auch in Zukunft nicht aus dem Markt ausgeschlossen werden. Für Österreich ist vielmehr eine Neuregulierung mit einem Lizenzierungsverfahren – vor allem im Hinblick auf Spielerschutz und Rechtssicherheit – dringend notwendig.

### **Oberste Priorität: Spielerschutz**

Das BMF argumentiert in seinem Entwurf vor allem mit dem Spielerschutz. Aus Sicht der OVWG greift dieses Argument zur Begründung des Marktausschlusses seriöser Anbieter allerdings nicht. Denn die OVWG-Mitglieder verfügen schon jetzt über gültige EU-Lizenzen und erfüllen damit auch hohe Standards in puncto Spielerschutz: „Bei diesem Thema sind wir uns mit dem Bundesministerium für Finanzen auch einig. Schließlich kann niemand ein Interesse daran haben, dass Glücksspiel in digitalen Hinterzimmern stattfindet“, so *Claus Retschitzegger*, Präsident der OVWG. Ein rechtssicherer Rahmen mit Lizenzvergabe und gemeinsamen Standards für den Spielerschutz sei somit unumgänglich.

### **Wirtschaftsfaktor Glücksspiel: Arbeitsplätze und Sponsoring**

Die OVWG führt aber auch wirtschaftliche Argumente gegen den Entwurf des BMF ins Treffen. „Würde das Gesetz in der kürzlich vorgelegten und dann zurückgezogenen Version

in Kraft treten, hätte dies weitreichende Konsequenzen: Mit diesem Vorhaben würden seriöse Anbieter vom Markt gedrängt. Wir reden hier von 1000 hochqualifizierten Arbeitsplätzen und 50 Millionen Euro Sponsoring- und Marketingausgaben jährlich, die im höchsten Maß gefährdet werden“, so *Retschitzegger*. Zudem zweifelt er auch die EU-Rechtskonformität eines solchen Schrittes an: „Die Mitglieder der OVWG haben europäische Lizenzen, teilweise in mehreren Ländern. Das sind seriöse und hier verwurzelte Unternehmen, die teilweise sogar in Österreich gegründet wurden und die umfassend Spielerschutz betreiben“.

### **Studie: Markt im Wachstum**

Die Argumente der OVWG werden durch eine aktuelle Studie zum Thema Glücksspiel und Sportwetten im Internet von *Kreutzer Fischer & Partner* untermauert. Diese zeigt, dass der Markt für Glücksspiel und Sportwetten kontinuierlich wächst und daher ein neuer Rechtsrahmen mit hohen Standards für alle Anbieter dringend notwendig ist. Die Spiel- und Wetteinsätze erhöhten sich in den beiden letzten Jahren um jährlich rund zehn Prozent. Besondere Dynamik zeigt dabei der Online-Markt, in dem im Jahr 2016 ein Bruttospielertrag von über 250 Millionen Euro erwirtschaftet wurde. Das entspricht einem Zuwachs von etwa 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

### **Aktuelle Rechtslage: Lückenhaft und unsicher**

Studienautor *Andreas Kreutzer* sieht die derzeitige Rechtslage insgesamt kritisch: „Online-Wetten werden nur in zwei von neun Bundesländern explizit erwähnt, tatsächlich zielen die Regelungen aber nur auf den stationären Bereich ab“. Auch für Online-Glücksspiel ist die Rechtslage unzureichend. „Es gibt nur eine Konzession für den Online-Bereich; die Nachfrage ist aber weitaus größer. Fast 60 Prozent des Online-Glücksspiels finden in Österreich im Grauen Markt statt“, so *Kreutzer*. In der derzeitigen Situation erfüllt das Glücksspielmonopol seinen Zweck, die vorhandene Nachfrage ins nationale Bewilligungssystem zu lenken, nur bedingt.

### **Digitalisierung: Neuer Rechtsrahmen mit hohen Standards**

Die Branche sieht den Handlungsbedarf steigen: „Das überdurchschnittliche Wachstum des Glücksspiel-Online-Marktes ist natürlich auch ein Resultat der Digitalisierung. Mit der Zunahme des Online-Glücksspiels wächst auch das Wertschöpfungspotenzial“, so *Raffaella Zillner*, Generalsekretärin der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG). Um dieses auch nutzen zu können braucht es rechtssichere Rahmenbedingungen. Für das Online-Glücksspiel empfiehlt *Kreutzer*, ableitend aus den Studienergebnissen, eine Öffnung des Online-Marktes: „Derzeit gibt es nur eine Online-

Lizenz. Zeitgemäß und praktikabel wäre es, die Marktteilnahme an Spielerschutz und Kriminalitätsbekämpfung zu knüpfen anstatt eine Höchstzahl von Lizenzen festzuschreiben“, so *Kreutzer*. „Unternehmen mit Sitz in der EU/EWR, welche die gesetzlich vorgeschriebenen Zugangskriterien erfüllen und sich dem Spielerschutz und der Kriminalitätsbekämpfung verpflichten, muss auch ein rechtsicherer Marktzugang gewährleistet werden“.

### **Best Practice: Großbritannien und Dänemark**

Ein Blick nach Großbritannien oder Dänemark zeigt, dass Lizenzvergaben ohne mengenmäßige Beschränkung, aber unter klaren Regeln und strengen Zugangserfordernissen, funktionieren: „In diesen Ländern bewegen sich die Spieler fast ausschließlich im nationalen Bewilligungssystem. Die Nachfrage wurde dort also erfolgreich kanalisiert“, so *Retschitzegger*, der einen solchen Schritt auch im Sinne des Spielerschutzes begrüßt.

### **Über die OVWG**

Die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel ([www.ovwg.at](http://www.ovwg.at)) setzt sich seit 2016 für die Interessen von Glücksspiel- und Wettanbietern ein, die ihre Dienstleistungen vorwiegend über das Internet anbieten. Ziel der Vereinigung ist es, im Online-Bereich einen marktkonformen Rechtsrahmen auf regulatorischer und steuerlicher Ebene zu erwirken, der im Einklang mit den Vorgaben des Unionsrechts steht. Die Mitglieder der OVWG sind überzeugt, dass nur durch die Schaffung von attraktiven, rechtssicheren Rahmenbedingungen für regulierte Anbieter aus dem In- und Ausland der vom Gesetzgeber gewünschte Kanalisierungseffekt und höchste Spielerschutzstandards sichergestellt werden können.

Studie zum Download & Video: <https://www.ovwg.at/de/studie>

Rückfragehinweis:

Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG)

Dr. Raffaella Zillner, LL.M.

Generalsekretärin

Seilerstätte 24/4, 1010 Vienna, Austria

T: +43 1 890 53 77

E: [raffaella.zillner@ovwg.at](mailto:raffaella.zillner@ovwg.at), [www.ovwg.at](http://www.ovwg.at)

APA Fotoservice

12.03.2018

Branchenverband OVWG

Link: <https://www.apa-fotoservice.at/galerie/12755>

## OVWG: Glücksspiel und Digitalisierung



APA  
12.03.2018

APA0103 5 WI 1144 II/CI

Mo, 12.Mär 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Online-Glücksspiel wächst rasant - 60 Prozent ohne Österreich-Lizenz**

**Utl.: KFP: Grauer Markt höhlt Spielerschutz aus - Automatenverbot verhilft Halblegalen zu deutlich mehr Umsatz - Online-Regulierung ließe Zockermarkt langsamer wachsen und brächte mehr Steuern**

Wien (APA) - Der heimische Glücksspielmarkt wächst seit Jahren, besonders das Internetzocken. 2016 stieg der Bruttospielertrag des Online-Markts um 25 Prozent auf 254 Mio. Euro. Knapp 60 Prozent der Anbieter sind nicht in Österreich lizenziert, erhob Kreutzer, Fischer & Partner. Die Rechtslage sei lückenhaft und unsicher, die Online-Anbieter fordern eine Marktöffnung.

Derzeit darf in Österreich nur der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern auf seiner Seite win2day Online-Glücksspiel anbieten, dazu berechtigt ihn die vom Finanzministerium vergebene Lottolizenz. Die zahlreichen anderen Anbieter wie bet-at-home oder bwin operieren im Graubereich. Sie halten das Glücksspielmonopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig und berufen sich auf die EU-Dienstleistungsfreiheit: Mit einer Lizenz aus Malta oder einem anderen EU-Land dürften sie in ganz Europa anbieten. Auf vielen der Seiten können Kunden auch Sportwetten abschließen. Diese fallen in Österreich nicht unter das Glücksspielmonopol, sind also erlaubt.

Die alternativen Anbieter lobbyieren seit Jahren für eine Marktöffnung wie etwa in Großbritannien, sie fordern Lizenzen. Mit der neuen Studie von Kreutzer, Fischer & Partner untermauert die Auftraggeberin, die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG), ihre Forderungen.

Generell haben die Österreicher in den vergangenen Jahren immer mehr Geld für Glücksspiel ausgegeben, wie Kreutzer, Fischer & Partner alljährlich erhebt. 2016 waren es 1,61 Mrd. Euro, 2015 mehr als 1,5 Mrd. Euro. Während der Automatenmarkt wegen diverser Verbote und strengerer Regelungen an Bedeutung verlor, stiegen die Nettospielerlöse von Spielbanken (Casinos Austria), Sportwettenanbietern und im Online-Glücksspielbereich stark an. Der Onlinebereich kommt der Studie zufolge mittlerweile auf einen Marktanteil von 16 Prozent. Bei Sportwetten hält das Internet bei fast 44 Prozent.

Besonders brisant: Nicht in Österreich lizenzierte Internet-Glücksspielanbieter haben einen Marktanteil von knapp 60 Prozent. Der Schluss der Studienautoren: Das Glücksspielmonopol erfülle seinen eigentlichen Zweck, die vorhandene Nachfrage ins nationale Bewilligungssystem zu lenken, nur bedingt.

Auch wenn das Finanzministerium die Online-Anbieter für illegal hält und die Regelungen jetzt verschärfen will - geplant sind etwa Internetsperren -, hat es in den vergangenen Jahren viele Steuern von den Anbietern eingenommen. 2016 waren es laut KFP rund 30 Mio. Euro.

Der graue Markt, also Anbieter ohne Österreich-Lizenz, führe zu einer "Verzerrung des Wettbewerbs und zu einer Aushöhlung des Spielerschutzes", heißt es in der Studie.

Die drei Marksegmente stationäre Glücksspielautomaten (inklusive Video Lottery Terminals/VLT der Casinos Austria), Online-Glücksspiel und Sportwetten kamen zuletzt, 2016, auf einen Bruttospielertrag von 730 Mio. Euro. Davon ordnet KFP 230 Mio. Euro dem grauen Markt zu, was einem Anteil von knapp einem Drittel entspricht. 2013 war der Marktanteil erst bei 23 Prozent gelegen.

Im Automatenbereich haben die Verbote, insbesondere jenes in Wien, den halblegalen Anbietern zu mehr Umsatz verholfen. Zwischen 2013 und 2016 hat der graue Automatenmarkt um fast zwei Drittel auf 108 Mio. Euro zugelegt. Trotz vieler Razzien und Beschlagnahmungen der Finanzpolizei trockne der Markt nicht aus, "da die unglückliche Rechtslage nach wie vor interpretationsfähige Schlupflöcher hinterlässt und die Gewinnaussichten für illegale Betreiber zu verlockend sind, zumal sich vor allem High-Roller (Vielspieler bzw. Süchtige, Anm.) mit dem Registrierungssystem bei Landesausspielungen nur schwer anfreunden können", meint Kreutzer, Fischer & Partner. 2016 gab es laut KFP 2.200 illegale Glücksspielautomaten in Österreich.

Auch der graue Online-Glücksspielmarkt jenseits des Casinos-Austria-Portals win2day wuchs binnen drei Jahren rasant von 67 Mio. auf 110 Mio. Euro. "Es handelt sich dabei um knapp vierzig relevante Anbieter, wobei die größten zehn nahezu achtzig Prozent des grauen Onlinemarktes halten", erklärt KFP. Die Großen bieten zumeist auch Sportwetten an, sie treten in Österreich auch als Sportsponsoren auf und machen viel Werbung.

Der graue Marktanteil des Online-Glücksspielmarkts liegt laut KFP bei knapp 60 Prozent. Angesichts dessen halten es die Studienautoren für unumgänglich, dass der Staat den Markt öffnet, zumal das Steuer- und Abgabepotenzial enorm sei. "Unbedacht der moralischen Dimension" lange der Fiskus bei halblegalen Anbietern schon jetzt kräftig zu "auf mittlere Sicht ist das Aufkommen aber keineswegs gesichert." KFP beziffert das

Steuerpotenzial der drei Segmente Automaten, Online-Glücksspiel und Sportwetten mit 86 Mio. Euro, davon entfallen 40,3 Mio. Euro auf Automaten und knapp 44 Mio. Euro auf Online-Glücksspiel.

KFP hat sich auch andere Märkte in Europa angesehen und kommt zum Schluss, dass eine Limitierung des Online-Angebots wenig zielführend sei, wenn man nicht gleichzeitig gegen Internetportale (etwa via IP-Blocking) vorgehe. "Insgesamt zeigt sich jedoch, dass eine Liberalisierung des Marktes zweifelsohne zu einer höheren Kanalisierung des Angebots in den weißen Markt führt, wenn die gesetzliche Ausgestaltung einen Wettbewerb zwischen den Anbietern fördert und die Zugangsbestimmungen auf ein überschaubares Angebot ausgerichtet sind", so das Fazit.

KFP fordert daher wie seine Auftraggeber eine Öffnung des Online-Glücksspiel- und - Sportwettenmarkts. Der Internet-Sportwettenmarkt ist derzeit im Prinzip neun Landesgesetzen unterworfen, im digitalen Glücksspielsektor gibt es seit Jahren Rechtsstreitigkeiten bis hinauf zum Europäischen Gerichtshof (EuGH). KFP empfiehlt weiters eine steuerliche Gleichstellung aller Automaten- und Online-Anbieter. Der Casinos-Austria-Konzern solle aber ruhig weiterhin mehr zahlen, da die Lotto- und Spielbanklizenzen bis auf weiteres wohl nur an einen Anbieter vergeben würden, so die Begründung. Aufgrund EU-Rechts müssen die Casino- sowie die Lottokonzession zwar europaweit ausgeschrieben werden, bisher ist aber immer der Casinos-Austria-Konzern zum Zug gekommen. Vergeben wurden die Lizenzen vom Finanzministerium, das über die Staatsholding ÖBIB ein Drittel an den Casinos hält.

KFP wünscht sich ein eigenes Gesetz für den gesamten Online-Bereich sowie eine unbegrenzte Anzahl von befristeten Lizenzen, die EU-weit ausgeschrieben werden. Nur finanzstarke Anbieter mit einer .at-Internetadresse, die sich an strenge Spielerschutzbedingungen halten, sollen eine Konzession bekommen. Die Spieler sollen sich selbst Zeit- und Einsatzlimits setzen und sich selbst in einer bei der Aufsichtsbehörde angesiedelten Sperrdatenbank eintragen lassen können. Die Online-Glücksspielsteuer soll von 40 auf 15 bis 20 Prozent des Bruttospielertrags gesenkt werden. Eine unabhängige Behörde solle Seiten nicht lizenzierte Anbieter sperren dürfen und auch die Werbung der Lizenzierten überwachen.

KFP hat ausgerechnet, wie sich der Markt entwickeln könnte, wenn es bis 2020 mehr legale Automaten in den Bundesländern gibt (wenn entweder die Casinos Austria ihre erlaubten 5.000 VLT-Geräte aufstellen oder mehr Bundesländer einarmige Banditen erlauben): Das Offline-Glücksspiel würde dann bis zum Jahr 2025 kaum wachsen, lediglich von 700 auf 710 Mio. Euro Bruttospielertrag. Der Automatenmarkt würde sogar von 325 Mio. auf 280 Mio. Euro schrumpfen. Rasant zulegen hingegen würde Online, und zwar von 254 Mio. auf 420

Mio. Euro (davon 300 Mio. Glücksspiel und 120 Mio. Sportwetten). Das Lotterieangebot ist da nicht miteingerechnet. Die Spielbanken würden leicht zulegen.

Der Online-Marktanteil stiege somit von 27 Prozent im Jahr 2016 auf 37 Prozent im Jahr 2025. "Kurzum, Glücksspiel und Sportwetten werden von der Straße auf Tablets und Smartphones verlagert", so KFP. Alles in allem würde der Glücksspielmarkt durch eine Online-Regulierung langsamer wachsen, und zwar um weniger als zwei Prozent im Jahr (2013 bis 2016: +5,8 Prozent pro Jahr). Die Umsatzsteuer steigt in dem Szenario trotz Senkung des Abgabensatzes von 60 Mio. auf 73 Mio. Euro.

Autor: snu/ggr

APA  
12.03.2018

APA0225 5 WI 0894 II/CI Siehe APA0103/12.03

Mo, 12.Mär 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Online-Glücksspiel - Kreutzer: Es soll nicht zu viele Anbieter geben**

**Utl.: Markt in Österreich laut Studienautor schon jetzt sauber, Top-10-Anbieter stehen aber mit einem Bein im illegalen Bereich - Geplante Internetsperren regen Betroffene auf**

Wien (APA) - Während sich die heimischen Online-Glücksspiel- und -Sportwettanbieter wünschen, dass der Gesetzgeber den Internet-Zockmarkt öffnet und beliebig viele Lizenzen vergibt, sollte es laut Berater Andreas Kreutzer nicht allzu viele Anbieter geben. Bei einer Pressekonferenz der Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) sagte er, der derzeit halblegale Markt mit ein paar Großen funktioniere gut.

Kreutzer ist somit nicht ganz einer Meinung mit der OVWG, für die er eine Studie zum legalen und halblegalen (grauen) Glücksspielmarkt gemacht hat. Derzeit, so Kreutzer, gebe es in Österreich rund 20 bis 25 seriöse Online-Glücksspielanbieter, "die relevant sind". Dass das Finanzministerium in seinem zwischenzeitlich wieder zurückgezogenen Begutachtungsentwurf zur massiven Einschränkung des Online-Spielens von mehr als 2.000 Anbietern gesprochen habe, habe ihn nur schmunzeln lassen.

Die geplanten Internetsperren jeglicher Glücksspielseiten außer des Casinos-Austria-Portals win2day ginge laut der OVWG nach hinten los. Kreutzer verwies am Montag darauf, dass die bisherigen gesetzlichen Verschärfungen im Glücksspielbereich, etwa das Automatenverbot in Wien oder auch die Einschränkung von Sportwetten, nie zu einer Verringerung des gesamten Spielvolumens geführt hätten. "Bisher hat der Gesetzgeber bei jeder einzelnen Änderung bewusst und massiv in den Wettbewerb zwischen den einzelnen Segmenten eingegriffen. Wir spielen dieses Spiel seit zehn Jahren", so der Berater von Kreutzer, Fischer & Partner (KFP), der sich seit rund zehn Jahren alljährlich den Markt genau ansieht. Statt die einzelnen Segmente, etwa Automaten, Lotto, Online, gegeneinander auszuspielen und die Monopolistin Casinos Austria (inklusive Lotterien und Internetportal win2day sowie WINWIN-Automatenhallen) zu schützen, sollte sich der Staat auf den Spielerschutz konzentrieren.

"Jedes dieser Segmente hat seine Berechtigung, bei keinem wird man mehr spielsüchtig", meint Kreutzer. Ein paar Suchtexperten sind da anderer Meinung, sie halten etwa das

Automatenspiel für besonders gefährlich, weil die Abstände zwischen den einzelnen Einsätzen sehr gering sind, was Süchtige oder Suchtgefährdete in einen Art manischen Zustand versetze.

Für Kreutzer ist die Regulierung des Automatenzockens in einzelnen Bundesländern, etwa der Novomatic-Heimat Niederösterreich, gut gelungen. Die meisten dieser neuen Länderkonzessionen hat der Novomatic-Konzern inne, dem mittlerweile auch ein kleiner Teil der Casinos Austria gehört. Kreutzer: "Im stationären Bereich (beim AutomatenSpiel in den Ländern, Anm.) haben wir deutlich mehr Spielerschutz als bei den Casinos, obwohl da die Einsätze deutlich geringer sind."

Im derzeit nicht regulierten Online-Bereich würde Kreutzer daher ähnlich vorgehen, also ein paar wenige Lizenzen an die Großen, Seriösen vergeben. "Mit zehn bis 15 Anbietern könnte man einen riesengroßen Teil des Marktes abdecken", ist er überzeugt. Die Lizenzen dürften ruhig auch was kosten, 500.000 Euro, eine Million oder mehr. Die Eintrittsbarrieren (Finanzkraft, Spielerschutz) sollten möglichst hoch sein.

Claus Retschitzegger, Präsident der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel, sieht das anders. Eine Begrenzung der Lizenzzahl sei nicht notwendig, denn der Markt reguliere sich von selbst. In Dänemark und Großbritannien seien nur die Großen am Markt, die die Möglichkeit haben, die Voraussetzungen umzusetzen. "Nur die Lizenzierten dürfen dann auch Werbung machen", so Retschitzegger. "Die anderen verschwinden automatisch."

Auch Kreutzer hält Werbung für wichtig, sie laufe dem Spielerschutz nicht zuwider. Mit Werbung werde nämlich das Angebot zu den seriösen Anbietern hingelenkt.

Die Großen in Österreich wie bwin, bet-at-home, Tipico und Interwetten machten Werbung und seien auch im Sportsponsoring sehr aktiv, laut Retschitzegger investieren sie insgesamt rund 50 Mio. Euro pro Jahr in den Werbemarkt. Es könne nicht sein, so Kreutzer, dass die Top Ten allesamt mit einem Bein, den Sportwetten, im legalen, und mit dem anderen, mit dem Glücksspielangebot, im illegalen Bereich stehen. "Wir haben im Grunde genommen eine saubere Situation in Österreich. Es sind kaum dubiose Anbieter aus Asien tätig. Deswegen wäre es relativ einfach, ein Lizenzsystem drüberzulegen. Dann bleibt der Markt, wie er ist, er wird nur legalisiert", konstatiert Kreutzer.

OVWG-Generalsekretärin Raffaella Zillner sagte: "Wir bieten völlig legal in Österreich an. Es gibt die EU-Dienstleistungsfreiheit." Die alternativen Anbieter berufen sich seit Jahren auf ihre zum Beispiel in Malta (günstig) erworbenen Konzessionen, die sie auch zum Glücksspielangebot in Österreich berechtigten. Das Finanzministerium lässt diese

Argumentation nicht gelten, es will das Glücksspielmonopol der Casinos Austria schützen. Steuern kassiert der Staat aber trotzdem von den halblegalen Anbietern, die bereits 60 Prozent des Online-Zockmarkts abdecken: 2016 waren es 30 Mio. Euro Glücksspielabgabe. Zillner: "Wir zahlen sogar mehr Steuern als win2day." Die Lotterien würden nämlich bei gewissen Punkten im Gesetz begünstigt, Kreutzer zufolge können sie vom Bruttospielertrag, an dem sich die 40-prozentige Glücksspielabgabe bemisst, noch bestimmte Verwaltungsabgaben abziehen. "Das steht nicht im Glücksspielgesetz, das steht in irgendeinem Abgabengesetz."

Der kurz nach Versendung wieder zurückgezogene Begutachtungsentwurf zur Verschärfung der Online-Glücksspielregelung hätte laut Finanzministerium Ende vergangener Woche erneut verschickt werden sollen, bisher ist das aber nicht geschehen. Laut APA-Informationen findet heute, Montag, eine finale Abstimmung zwischen ÖVP und FPÖ statt. Eine der beiden Regierungsparteien war mit der ersten Versendung nicht einverstanden, weil ein wichtiger Zuständiger keinen letzten Blick auf den Entwurf hatte werfen können, wie Insider der APA sagten. Laut früherer Beteuerung des Finanzministeriums soll sich inhaltlich nichts substantiell ändern. Kommt das neue Gesetz so wie vorgesehen, sind laut OVWG bis zu 1.000 Jobs in Österreich gefährdet, auch das Sportsponsoring würde massiv leiden. Eine "Internetzensur", so Retschitzegger, würde die Nachfrage lediglich in den nicht sehr seriösen, für Spielmanipulationen bekannten asiatischen Markt lenken, profitieren würden weiters die Casinos Austria und vermehrt deren tschechische Mehrheitseigentümerin Sazka.

Autor: snu/tsk

Die Presse.com

12.03.2018

Link: <https://www.diepresse.com/5386204/gluecksspielmarkt-wachst-rasant-der-graubereich-auch>

# Glücksspielmarkt wächst rasant, der Graubereich auch

Die Presse - Clemens Fabry

12.03.2018 um 10:46

Das Onlineglücksspiel hat Hochsaison in Österreich. 60 Prozent der Anbieter haben aber keine Lizenz in Österreich. Die heimischen Mitbewerber machen das Monopol der Casinos Austria verantwortlich und fordern eine Marköffnung.

Der heimische Glücksspielmarkt wächst seit Jahren, besonders im Internet. 2016 stieg der Bruttospielertrag des Onlinemarkts um 25 Prozent auf 254 Mio. Euro. Knapp 60 Prozent der Anbieter sind aber nicht in Österreich lizenziert, erhob Kreutzer, Fischer & Partner (KFP). Die Rechtslage sei lückenhaft und unsicher. Die alternativen Anbieter lobbyieren seit Jahren für eine Marköffnung wie etwa in Großbritannien, sie fordern Lizenzen. Mit der neuen Studie, die die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) bei KFP in Auftrag gab, untermauert sie ihre Forderung.

Derzeit darf in Österreich nur der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern auf seiner Seite win2day Online-Glücksspiel anbieten, dazu berechtigt ihn die vom Finanzministerium vergebene Lottolizenz. Die zahlreichen anderen Anbieter wie bet-at-home oder bwin operieren im Graubereich. Sie halten das Glücksspielmonopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig und berufen sich auf die EU-Dienstleistungsfreiheit: Mit einer Lizenz aus Malta oder einem anderen EU-Land dürften sie in ganz Europa anbieten. Auf vielen Seiten können Kunden auch Sportwetten abschließen. Diese fallen in Österreich nicht unter das Glücksspielmonopol, sind also erlaubt.

## Glücksspielumsatz wächst stetig

Generell haben die Österreicher in den vergangenen Jahren immer mehr Geld für Glücksspiel ausgegeben. 2016 waren es 1,61 Mrd. Euro. 2015 mehr als 1,5 Mrd. Euro. Während der Automatenmarkt wegen diverser Verbote und strengerer Regelungen an Bedeutung verlor, stiegen die Nettospielerlöse von Spielbanken (Casinos Austria), Sportwettenanbietern und im Online-Glücksspielbereich stark an. Der Onlinebereich kommt der Studie zufolge mittlerweile auf einen Marktanteil von 16 Prozent. Bei Sportwetten hält das Internet bei fast 44 Prozent.

Besonders brisant: Nicht in Österreich lizenzierte Internet-Glücksspielanbieter haben einen Marktanteil von knapp 60 Prozent. Der Schluss der Studienautoren:

Das Glücksspielmonopol erfülle seinen eigentlichen Zweck, die vorhandene Nachfrage ins nationale Bewilligungssystem zu lenken, nur bedingt. Auch wenn das Finanzministerium die Online-Anbieter für illegal hält und die Regelungen jetzt etwa mit Internetsperren verschärfen will, hat es in den vergangenen Jahren viele Steuern von den Anbietern eingenommen. 2016 waren es laut KFP rund 30 Mio. Euro.

Der graue Markt, also Anbieter ohne Österreich-Lizenz, führe zu einer "Verzerrung des Wettbewerbs und zu einer Aushöhlung des Spielerschutzes", heißt es in der Studie. Die drei Marktsegmente stationäre Glücksspielautomaten (inklusive Video Lottery Terminals/VLT der Casinos Austria), Online-Glücksspiel und Sportwetten kamen 2016 auf einen Bruttospielertrag von 730 Mio. Euro. Davon ordnet KFP 230 Mio. Euro dem grauen Markt zu, was einem Anteil von knapp einem Drittel entspricht. 2013 war der Marktanteil erst bei 23 Prozent gelegen.

## Wildwuchs bei illegalen Glücksspielautomaten

Im Automatenbereich haben die Verbote, insbesondere jenes in Wien, den halblegalen Anbietern zu mehr Umsatz verholfen. Zwischen 2013 und 2016 hat der graue Automatenmarkt um fast zwei Drittel auf 108 Mio. Euro zugelegt. Trotz vieler Razzien und Beschlagnahmungen der Finanzpolizei trockne der Markt nicht aus, "da die unglückliche Rechtslage nach wie vor interpretationsfähige Schlupflöcher hinterlässt und die Gewinnaussichten für illegale Betreiber zu verlockend sind, zumal sich vor allem High-Roller (Vielspieler bzw. Süchtige, Anm.) mit dem Registrierungssystem bei Landesausspielungen nur schwer anfreunden können", meint Kreutzer, Fischer & Partner. 2016 gab es laut KFP 2200 illegale Glücksspielautomaten in Österreich.

Auch der graue Online-Glücksspielmarkt jenseits des Casinos-Austria-Portals win2day wuchs binnen drei Jahren rasant von 67 Mio. auf 110 Mio. Euro. "Es handelt sich dabei um knapp vierzig relevante Anbieter, wobei die größten zehn nahezu achtzig Prozent des grauen Onlinemarktes halten", erklärt KFP. Die Großen bieten zumeist auch Sportwetten an, sie treten in Österreich auch als Sportsponsoren auf und machen viel Werbung.

## Forderung: Marktöffnung und einheitliche Rechtslage

KFP fordert wie seine Auftraggeber eine Öffnung des Online-Glücksspiel- und Sportwettenmarkts. Der Internet-Sportwettenmarkt ist derzeit im Prinzip neun Landesgesetzen unterworfen, im digitalen Glücksspielsektor gibt es seit Jahren Rechtsstreitigkeiten bis hinauf zum Europäischen Gerichtshof (EuGH). KFP empfiehlt weiters eine steuerliche Gleichstellung aller Automaten- und Online-Anbieter. Der Casinos-Austria-Konzern solle aber ruhig weiterhin mehr zahlen, da die Lotto- und Spielbanklizenzen bis auf weiteres wohl nur an einen Anbieter vergeben würden, so die Begründung. Aufgrund EU-Rechts müssen die Casino- sowie die Lottokonzession zwar europaweit ausgeschrieben werden, bisher ist aber immer der Casinos-Austria-Konzern zum Zug gekommen. Vergeben wurden die

Lizenzen vom Finanzministerium, das über die Staatsholding ÖBIB ein Drittel an den Casinos hält.

Die Studienautoren wünschen sich ein eigenes Gesetz für den gesamten Online-Bereich sowie eine unbegrenzte Anzahl von befristeten Lizenzen, die EU-weit ausgeschrieben werden. Nur finanzstarke Anbieter mit einer .at-Internetadresse, die sich an strenge Spielerschutzbedingungen halten, sollen eine Konzession bekommen. Die Spieler sollen sich selbst Zeit- und Einsatzlimits setzen und sich selbst in einer bei der Aufsichtsbehörde angesiedelten Sperrdatenbank eintragen lassen können. Die Online-Glücksspielsteuer soll von 40 auf 15 bis 20 Prozent des Bruttospielertrags gesenkt werden. Eine unabhängige Behörde solle Seiten nicht lizenzierte Anbieter sperren dürfen und auch die Werbung der Lizenzierten überwachen.

## KFP: Automatengeschäft hat Zenit überschritten

KFP hat ausgerechnet, wie sich der Markt entwickeln könnte, wenn es bis 2020 mehr legale Automaten in den Bundesländern gibt (wenn entweder die Casinos Austria ihre erlaubten 5.000 VLT-Geräte aufstellen oder mehr Bundesländer einarmige Banditen erlauben): Das Offline-Glücksspiel würde dann bis zum Jahr 2025 kaum wachsen, lediglich von 700 auf 710 Mio. Euro Bruttospielertrag. Der Automatenmarkt würde sogar von 325 Mio. auf 280 Mio. Euro schrumpfen. Rasant zulegen hingegen würde Online, und zwar von 254 Mio. auf 420 Mio. Euro (davon 300 Mio. Glücksspiel und 120 Mio. Sportwetten). Das Lotterieangebot ist da nicht miteingerechnet. Die Spielbanken würden leicht zulegen.

Der Online-Marktanteil stiege somit von 27 Prozent im Jahr 2016 auf 37 Prozent im Jahr 2025. "Kurzum, Glücksspiel und Sportwetten werden von der Straße auf Tablets und Smartphones verlagert", so KFP. Alles in allem würde der Glücksspielmarkt durch eine Online-Regulierung langsamer wachsen, und zwar um weniger als zwei Prozent im Jahr (2013 bis 2016: +5,8 Prozent pro Jahr). Die Umsatzsteuer steigt in dem Szenario trotz Senkung des Abgabensatzes von 60 Mio. auf 73 Mio. Euro.

(APA/red.)

Kronen Zeitung  
12.03.2018

**WIRTSCHAFT**

 Seite 5



Foto: Martin A. Jochi

**Rund 1,6 Milliarden €** geben wir im Jahr für Glücksspiel und Sportwetten aus. Der Umsatz wächst um rund 3% pro Jahr, wobei wegen Verboten (z. B. in Wien) weniger Geld in Automaten fließt, dafür aber der Online-Bereich stark zulegt. Die Wett-Branche ist daher strikt gegen die vom Finanzminister geplante Sperre aller Internet-Glücksspielseiten außer jener der Casinos Austria. Andernfalls überlegt man Klagen.

Die Presse.com

13.03.2018

Link: <https://www.diepresse.com/5386697/logger-zeigt-online-anbietern-von-gluecksspiel-die-rote-karte>

## Löger zeigt Online-Anbietern von Glücksspiel die Rote Karte

**Glücksspielseiten im Internet sollen künftig geblockt werden. Der Spielerschutz würde dadurch nicht steigen, kritisiert die Branche.**

13.03.2018 um 06:02

Finanzminister Löger zeigt Online-Anbietern von Glücksspiel die Rote Karte. Der Spielerschutz würde dadurch nicht steigen, kritisiert die Branche.

**Wien.** Nach österreichischem Gesetz ist die Sache klar: Es gibt eine Lizenz für Online-Glücksspiele. Und die ist im Besitz der zu den Casinos Austria gehörenden Lotterien. Bis auf ihre Glücksspiel-Homepage Win2Day sind demnach alle anderen Online-Glücksspielangebote illegal. Dass es dennoch eine Vielzahl an anderen Angeboten gibt, die zum Teil auch kräftig beworben werden, hängt mit einer Besonderheit der österreichischen Gesetzgebung zusammen. Hierzulande gelten Sportwetten nämlich nicht als Glücksspiel. Und dass diese Sportwettenbetreiber auf ihren Homepages auch Casino-Spiele angeboten haben, wurde vom Gesetzgeber in der Vergangenheit geduldet. Die Betreiber der Homepages stehen wiederum auf dem Rechtsstandpunkt, dass sie ihr in anderen EU-Ländern lizenziertes Angebot aufgrund der Dienstleistungsfreiheit ohnehin auch in Österreich anbieten dürfen.

Diese Duldung soll nun jedoch enden. So wird Finanzminister Hartwig Löger noch diese Woche eine Novelle des Glücksspielgesetzes in Begutachtung schicken, mit der die bisher gelebte Praxis abgedreht wird. So sollen die heimischen Internetprovider dazu verpflichtet werden, die aus Sicht des Finanzministeriums illegalen Seiten zu blockieren. Zudem sollen sämtliche Verträge zwischen den Anbietern und Spielern für nichtig erklärt werden. Letztere könnten somit ihr verlorenes Geld zurückklagen. Diese Punkte wurden aus einem wieder zurückgezogenen Entwurf unlängst bekannt. „Daran wird sich aber auch im endgültigen Entwurf nichts Substanzielles ändern“, hieß es am Montag dazu aus dem Finanzministerium. Der Ausbau des Spielerschutzes sei die Intention für die Novelle.

### Glücksspiel wächst konstant

In der Branche sorgt die Nachricht naturgemäß für Alarmstimmung. Daher versuchte der Interessenverband Österreichische Vereinigung für Wetten und

Glücksspiel (OVWG) nun, Werbung für seine Vorstellung eines regulierten Online-Glücksspielmarktes zu machen. Unterstützung holte man sich dabei vom renommierten Marktforscher Andreas Kreutzer, der den Glücksspielmarkt schon seit Jahren beobachtet.

„Schon seit Jahren wird versucht, mittels gesetzlicher Maßnahmen das Spielvolumen zu reduzieren. Das funktioniert aber nicht“, so Kreutzer. In Summe sei der Glücksspielmarkt in den vergangenen Jahren nämlich konstant um drei bis vier Prozent pro Jahr auf Bruttospielerträge (Einnahmen minus Gewinnauszahlungen) von zuletzt 1,6 Mrd. Euro gewachsen. Online-Glücksspiel (ohne Wetten) betrage hierbei inzwischen bereits 185 Mio. Euro, mit einem jährlichen Wachstum von zuletzt über 20 Prozent. Allerdings entfallen nur mehr 40 Prozent davon auf Win2Day – der Rest wird bei den alternativen Anbietern gespielt.

Diese plädieren naturgemäß dafür, ihre Seiten nicht zu blockieren. Sie wollen stattdessen ein Lizenzsystem, bei dem es strenge Voraussetzungen gibt, aber jeder, der diese Regeln erfüllt, eine Lizenz erhält. Die Kosten für eine solche Lizenz könnten laut Kreutzer zwischen 500.000 und eine Million Euro betragen. Hinzu kommt dann noch die Glücksspielabgabe in Höhe von 40 Prozent, die von den alternativen Anbietern auch heute schon bezahlt wird, obwohl sie offiziell als illegal gilt. Im Finanzministerium heißt es dazu, dass eine Steuerfreiheit für das unerlaubte Geschäft ja eine doppelte Ungerechtigkeit wäre.

Ohne ein solches Lizenzsystem wären hierzulande 1000 Arbeitsplätze und Werbe- und Sportsponsorausgaben von 50 Mio. Euro pro Jahr gefährdet, sagt OVWG-Präsident Claus Reschitzegger. Für ausreichenden Spielerschutz brauche es kein Monopol. Dieser könnte auch durch seriöse alternative Anbieter gewährleistet werden. Im Finanzministerium sieht man das allerdings anders. Wenn das Gesetz wie geplant Anfang Mai beschlossen wird, sollen die Internetsperren sofort beginnen. (jaz)

("Die Presse", Print-Ausgabe, 13.03.2018)

**Kleine Zeitung**  
**13.03.2018**

*"Kleine Zeitung" vom 13.03.2018 Seite: 26 Ressort: Wirtschaft*

*Steiermark*

## **Kampf ums halb legale Spiel im Netz**

Immer mehr Spieler zieht es ins Internet. Die Politik will Seiten sperren, Anbieter fordern vehement eine Marktöffnung.

Von Hannes Gaisch-Faustmann

Die österreichische Bevölkerung gibt immer mehr Geld für Glücksspiel aus. 2015 waren es mehr als 1,5 Milliarden Euro, im Jahr darauf bereits mehr als 1,6 Milliarden. Während der Automatenmarkt wegen Verboten und strenger Regelungen an Bedeutung verliert, stiegen die Erlöse in den Spielbanken der Casinos, bei Sportwettenanbietern und im Onlinebereich stark an.

Das Glücksspiel im Internet kommt laut einer gestern präsentierten Studie von Kreutzer, Fischer und Partner bereits auf einen Marktanteil von 16 Prozent. Bei Sportwetten hält das Internet bei 44 Prozent.

Doch 60 Prozent der Anbieter agieren im rechtlichen Graubereich, da sie nicht in Österreich lizenziert sind. Sowohl der Gesetzgeber als auch die Spieleanbieter wollen das Gesetz ändern, allerdings mit ganz anderen Stoßrichtungen.

Derzeit darf in Österreich nur der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern auf seiner Seite win2day Onlineglücksspiel anbieten, dazu berechtigt die vom Finanzministerium vergebene Lottolizenz. Andere Anbieter wie bet-at-home oder bwin operieren im besagten Graubereich. Sie halten das Monopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig und berufen sich auf die Dienstleistungsfreiheit. Mit einer Lizenz aus einem anderen EU-Land dürften sie in ganz Europa anbieten, so ihre Rechtsauffassung. Die Höchstgerichte in Österreich halten das Monopol aber für rechtskonform in der EU. Sportwetten fallen übrigens nicht unter das Monopol.

Während die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG) für eine Öffnung des Marktes lobbyiert, will das Finanzministerium den umgekehrten Weg einschlagen: Ein neues Glücksspielgesetz soll den Monopolisten stärken und eine Vielzahl anderer Anbieter zurückdrängen. Von Österreich aus sind 2000 Internetseiten mit Glücksspiel abrufbar.

„Das würde seriöse Anbieter treffen“, erklärt Claus Retschitzegger, Präsident des OVWG. Kämen diese Anbieter in Bedrängnis, seien 1000 Arbeitsplätze in Österreich gefährdet.

Das Finanzministerium pocht mit seinem Vorhaben auf den Spielerschutz. Ein Gesetzesentwurf wurde bereits veröffentlicht und kurz darauf wieder zurückgenommen. Geplant waren darin etwa Internetsperren für nicht lizenzierte Glücksspielanbieter oder das Recht, verlorene Einsätze 30 Jahre lang zurückzufordern. Die Branche reagierte empört. In dieser Woche soll der Entwurf neuerlich vorgelegt werden. Der Fiskus hat von den Unternehmen freilich auch profitiert und, so die Kreutzer-Studie, 2016 30 Millionen Euro an Steuern eingenommen.

Auch die OVG argumentiert mit dem Spielerschutz. Die Plattformen hätten europäische Lizenzen, erfüllen damit hohe Standards und seien teilweise in Österreich gegründet worden, sagt Retschitzegger. Ein weiteres Argument liefere die Studie. Das Glücksspielmonopol erfülle den Zweck, die Nachfrage in das von Österreich genehmigte Angebot zu lenken, nämlich nur bedingt. „Niemand kann wollen, dass Glücksspiel in digitalen Hinterzimmern stattfindet.“

So fordert Retschitzegger für Österreich eine „Neuregulierung mit einem Lizenzierungsverfahren“, sprich eine Liberalisierung des Marktes. Als Beispiele nennt der OVG-Chef Großbritannien und Dänemark, wo die Nachfrage nach dem Onlineglücksspiel erfolgreich kanalisiert worden sei. Umgekehrt verweisen Hüter des Monopols darauf, dass es in 15 EU-Ländern und in der Schweiz Internetsperren für Glücksspielseiten bereits gebe.

**Tiroler Tageszeitung**  
**13.03.2018**

**Tiroler Tageszeitung vom 13.03.2018 Seite 17 Ressort: Wirtschaft**

## **„Halblegale“ Wettanbieter wollen freies Spiel der Kräfte**

Rund 60 Prozent der Online-Glücksspielanbieter bewegen sich ohne heimische Lizenz im Graubereich. Branche fordert legale Lizenzen.

Wien-Der heimische Glücksspielmarkt wächst seit Jahren, besonders das Internetzocken. 2016 stieg der Bruttospielertrag des Online-Markts um 25 Prozent auf 254 Mio. Euro. Knapp 60 Prozent der Anbieter sind allerdings illegal, weil nicht in Österreich lizenziert, erhob der Unternehmensberater Kreutzer, Fischer & Partner (KFP). Derzeit darf in Österreich nur der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern auf seiner Seite win2day Online-Glücksspiel anbieten, dazu berechtigt ihn die vom Finanzministerium vergebene Lottolizenz. Die zahlreichen anderen Anbieter wie bet-at-home oder bwin operieren im Graubereich. Sie halten das Glücksspielmonopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig und berufen sich auf die EU-Dienstleistungsfreiheit: Mit einer Lizenz aus Malta oder einem anderen EU-Land dürften sie in ganz Europa anbieten. Sportwetten dagegen sind in Österreich erlaubt.

Die alternativen Anbieter lobbyieren seit Jahren für eine Marktöffnung wie etwa in Großbritannien. Sie fordern angesichts des grauen Markts von 60% eine unbegrenzte Anzahl von befristeten Lizenzen sowie ein Gesetz für den gesamten Online-Bereich. Mit der Studie von KFP untermauert die Auftraggeberin, die Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OV-WG), ihre Forderungen. Der graue Markt, also Anbieter ohne Österreich-Lizenz, führe zu einer "Verzerrung des Wettbewerbs und zu einer Aushöhlung des Spielerschutzes", heißt es in der Studie. Laut dem Berater Andreas Kreutzer sollte es aber nicht allzu viele Anbieter geben, der derzeit halblegale Markt mit ein paar Großen funktioniere gut. Kreutzer ist somit nicht ganz einer Meinung mit dem Studien-Auftraggeber OVWG. Derzeit, so Kreutzer, gebe es in Österreich rund 20 bis 25 seriöse Online-Glücksspielanbieter, "die relevant sind". "Mit zehn bis 15 Anbietern könnte man bereits einen riesengroßen Teil des Marktes abdecken", ist er überzeugt. Die Lizenzen dürften ruhig auch was kosten, 500.000 Euro, eine Million oder mehr. Die Eintrittsbarrieren (Finanzkraft, Spielerschutz) sollten möglichst hoch sein.

Das Finanzministerium hält Online-Anbieter für illegal, nahm aber laut KFP trotzdem von ihnen rund 30 Mio. Euro an Steuern ein. Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) hat jüngst zwar Verschärfungen angekündigt-Sperren von bis zu 2000 Zockerseiten, dazu sollen Spieler ihre Verluste zurückfordern können-, der entsprechende Begutachtungsentwurf wurde aber wieder zurückgezogen. Die geplanten Internetsperren gingen laut der OVWG ohnehin nach hinten los. Statt die teilstaatliche Monopolistin Casinos Austria zu schützen, sollte sich der Staat auf den Spielerschutz konzentrieren, meint Kreutzer: "Jedes dieser Segmente hat seine Berechtigung, bei keinem wird man mehr spielsüchtig."

2016 gaben die Österreicher insgesamt 1,61 Mrd. Euro für Glücksspiel aus, 2015 waren es mehr als 1,5 Mrd. Euro. Der Online-Bereich kommt laut Studie auf einen Marktanteil von 16%. Bei Sportwetten hält das Internet bei 44%. (APA)

Online-Glücksspielanbieter befinden sich sehr oft in einer Grauzone. Die Rechtslage ist nicht eindeutig.

Kronen Zeitung  
13.03.2018

Dienstag, 13. März 2018

WIRTSCHAFT

Seite 7

## Branche kämpft gegen drohende Sperre Internet-Glücksspiel droht Totalverlust

Anbieter von Internet-Glücksspielen wie bwin, Interwetten, tipico und andere kämpfen gegen das drohende Verbot. Da nur die Casinos-Tochter Win2day dafür eine Lizenz hat, will Finanzminister Löger alle anderen sperren. Davon würden dubiose asiatische Wettplattformen profitieren, warnt die Branche, und will eine Regulierung.

Rund 1,6 Milliarden € gaben die Österreicher 2016 für Wetten und Glücksspiele aus, davon 185 Mio. € bei Online-Anbietern. Deren Anteil wächst stark, wobei 60% des Geschäfts Firmen machen, die in anderen EU-Ländern Lizenzen haben.

Obwohl sie formal illegal sind, zahlen sie gut 30 Millionen € Steuern in Österreich, so Wettverbands-Präsident Claus Retschitzegger. Dazu kommen Sponsorgelder, z. B. für die Fußball-Bundesliga. Bei einer elektronischen Sperre ihrer Internetadressen „würden die Menschen trotzdem spielen, aber bei ausländischen Anbietern oh-

ne jeden Spielerschutz und mit Wettmanipulationen.“ Die Branche fordert daher eine Legalisierung durch Lizenzen mit strengen Auflagen (z. B. Anbindung ihrer Computer an die Finanz). Anderenfalls überlegt man Klagen.

### Casinos Austria verkauft Auslandstochter nicht

Die tschechische Sazka-Gruppe, Großaktionär der Casinos Austria, plant einen Börsengang in London. In Wien will sie ihre Anteile auf über 40% aufstocken. Die Auslandstochter CAI wird nicht verkauft, da die Aktionäre darüber uneinig sind.



Statt bei Automaten wird immer mehr im Internet gezockt

### BUSINESS LINE

#### ► Büromöbel-Fusion

Die Wettbewerbsbehörde verlängert die Frist zur Prüfung der Fusion der Büromöbelfirmen Bene/Neudörfler und hali um zwei Wochen. Damit will BWB-Chef Thanner trotz Bedenken eine Rettung ermöglichen.

### Tipps und Tricks:

## Das sind die Akkufresser beim Handy

Stromverbraucher verstecken sich oft im Hintergrund. Wer seine Mail-Konten ständig

APA

21.03.2018

APA0471 5 WA 0396 WI Siehe APA0407/21.03

Mi, 21.Mär 2018

Glücksspiele/Deutschland

## **Auch für Deutschland zentrale Aufsicht für Onlinecasinos gefordert**

**Utl.: Experte kritisiert zersplitterte Zuständigkeit als "Staatsversagen"**

Stuttgart (APA/AFP) - Der deutsche Glücksspielexperte Tilman Becker hat eine zentrale Aufsichtsbehörde für Anbieter von Onlinecasinos auf Deutschlandebene gefordert. Derzeit führe die Uneinigkeit der Bundesländer dazu, dass der Markt für illegale Angebote regelrecht blühe, erklärte der Leiter der Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim in Stuttgart am Mittwoch bei der Eröffnung einer Fachkonferenz.

Er verwies auf das Land Schleswig-Holstein, dass von 2011 bis 2013 im Alleingang Siebenjahreslizenzen für virtuelle Spielcasinos und Sportwetten vergeben hatte. Auch österreichische Anbieter kamen zum Zug. Die Konzessionen, so der Experte, gälten zwar eigentlich nur für dieses Bundesland. Faktisch lasse sich aber nicht kontrollieren, ob auch Bürger anderer Länder spielten. Die Anbieter verschwiegen dies außerdem.

Becker bezeichnete es insgesamt als "Konstruktionsfehler", die Zuständigkeit zur Regulierung dieses Markts dezentral bei den Ländern anzusiedeln. "Die teilweise laxen oder sogar bewusst destruktive Haltung mancher Länder hat Deutschland zu einem Schutzraum für illegale Glücksspieler gemacht."

Der Experte sprach von einem "Staatsversagen", durch das der öffentlichen Hand jährlich schätzungsweise Einnahmen von deutlich mehr als einer halben Milliarde Euro entgingen. Die Verantwortung dürfe nicht länger auf 16 deutschen Bundesländer aufgeteilt sein. Sie müsse bei einer Bundesbehörde angesiedelt werden.

Auch in Österreich fordern alternative Anbieter von Online-Casinos eine Regulierung des Marktes und eine zentrale Aufsicht. Derzeit hat der teilstaatliche Casinos-Austria-Konzern ein Monopol auf das Zocken im Internet, de facto tummeln sich aber viele Anbieter am Markt. Laut Marktforscher Kreutzer, Fischer & Partner (KFP) kommt die Casinos-Austria-Plattform win2day nur auf einen Marktanteil von 40 Prozent, 60 Prozent entfielen auf den "grauen Markt", also große Anbieter wie etwa bwin oder bet-at-home.

Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) plant derzeit genau das Gegenteil einer Marktöffnung: In einem im Februar versandten Entwurf zur Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG)

ist von Internetsperren (IP Blocking) die Rede. Weiters sollen Kunden von Online-Zockerportalen ihre Verluste rückwirkend - 30 Jahre lang - zurückfordern können. Das Finanzministerium will explizit das Glücksspielmonopol der Casinos Austria absichern.

Der Entwurf wurde kurz nach Versand wieder zurückgezogen. Das Finanzministerium versprach eine baldige Neuversendung ohne große inhaltliche Änderungen. Die alternativen Wettanbieter sind ob der geplanten Verschärfungen auf den Barrikaden, warnten vor Jobstreichungen und einem Zurückfahren des Sportsponsorings. Nach APA-Informationen wurde der Entwurf nur deshalb zurückgezogen, weil sich eine der beiden Regierungsparteien formal übergangen gefühlt hatte.

Autor: snu/ivn

APA  
30.03.2018

APA0150 5 WI 0170 II/CI

Fr, 30.Mär 2018

Glücksspiele/Recht/Österreich

## Weiter Warten auf Entwurf für Glücksspielgesetz-Novelle

**Utl.: Finanzministerium: "In Bearbeitung" - Entwurf hätte im März kommen sollen**

Wien (APA) - Das Warten auf den Gesetzesentwurf für ein schärferes Vorgehen gegen illegales Online-Glücksspiel geht weiter. Er "befindet sich in Bearbeitung", sagte das Finanzministerium am Freitag auf APA-Anfrage. Der Entwurf lag bereits Ende Februar vor, wurde aber zurückgezogen. Er war "aufgrund eines technischen Versehens zu früh verschickt" worden und komme "in den nächsten Tagen", hieß es Anfang März.

Der neue Entwurf solle "keine substanziellen inhaltlichen Veränderungen bringen", so das Finanzministerium damals. Laut der "Presse" (Freitag-Ausgabe) dürfte das Gesetz aber grundlegend überarbeitet werden müssen.

Ein aktuelles Urteil der EU-Richter stelle "die Dienstleistungsfreiheit über Beschränkungen und den Schutz des Monopolisten." Laut dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) "verstößt die ungarische Rechtsvorschrift, wonach die Veranstaltung von Onlinespielen an eine Konzession für terrestrische Casinos gebunden ist, der EU-Dienstleistungsfreiheit", schreibt die Zeitung.

Aus dem Finanzministerium heißt es zur längeren Bearbeitungsdauer lediglich: "Einen Zusammenhang mit einem EuGH-Urteil gibt es nicht."

Autor: cam/cri

Die Presse.com

30.03.2018

Link: <https://www.diepresse.com/5397577/online-gluecksspiel-eugh-bremst-finanzminister>

## Online-Glücksspiel: EuGH bremst Finanzminister



Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) (c) APA/HANS PUNZ (HANS PUNZ)

30.03.2018 um 08:23

von **Hedi Schneid**

Die Gesetzesnovelle, die strikte Sperren illegaler Internetanbieter vorsieht, wird derzeit umgeschrieben. Ein aktuelles Urteil der EU-Richter stellt die Dienstleistungsfreiheit über Beschränkungen und den Schutz des Monopolisten.

**Wien.** 1,6 Milliarden Euro: So groß ist der heimische Glücksspielmarkt – und er wächst. Während allerdings die Bruttospielerträge (Einnahmen minus Gewinnauszahlungen) mit „klassischem“ Glücksspiel im Casino oder mit Losen um drei bis vier Prozent wachsen, boomt das Zocken im Internet. Onlinespiele (inklusive Wetten) legten im Vorjahr um 25 Prozent auf 254 Millionen Euro zu. Davon hat der einzige legale Anbieter, die Casinos-Austria-Tochter Lotterien (Win2day), nicht viel. Denn 60 Prozent der Einnahmen kassieren nicht in Österreich lizenzierte ausländische Anbieter.

Das will Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) unterbinden. Er plant eine massive Verschärfung des Vorgehens gegen die geschätzt 2000 illegalen, aus Österreich zugänglichen Anbieterportale. Solche Webseiten sollen (über IP Blocking) durch den Telekom-Regulator gesperrt werden. Außerdem will Löger Spielern die Möglichkeit geben, ihre Verluste 30 Jahre rückwirkend einzufordern. So einfach dürfte Löger sein Ansinnen nicht durchsetzen können.

Der Entwurf der Novelle zum Glücksspielgesetz wurde am 27. Februar zur Begutachtung ausgesendet, aber nur einen Tag später zurückgezogen. Ein „technisches Versehen“ hieß es. Der Entwurf komme „in den nächsten Tagen“.

## Gesetz wird wieder überarbeitet

Bis jetzt ist allerdings nichts geschehen. Weshalb mit der Materie befasste Experten mutmaßen, dass mehr dahintersteckt: Der Gesetzesentwurf dürfte grundlegend überarbeitet werden müssen. Für diese Annahme gibt es einen triftigen Grund: ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), das just am 28. Februar veröffentlicht worden ist. Laut dem Spruch der europäischen Höchststrichter, der für alle EU-Staaten richtungsweisend sein könnte, verstößt die ungarische Rechtsvorschrift, wonach die Veranstaltung von Onlinespielen an eine Konzession für terrestrische Casinos gebunden ist, der EU-Dienstleistungsfreiheit. Das Finanzministerium gibt sich auf „Presse“-Anfrage zugeknöpft, räumt aber Arbeiten am Gesetz ein: „Der Entwurf wurde Anfang März aufgrund eines technischen Versehens zu früh verschickt und befindet sich in Bearbeitung. Einen Zusammenhang mit einem EuGH-Urteil gibt es nicht.“

Rechtsanwalt Benjamin Twardosz (Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati), der einige Online-Anbieter vertritt, sieht das anders. In Ungarn, wo die britische Gesellschaft Sporting Odds das Rechtsverfahren auslöste, sei die Berechtigung für Onlinespiele an eine Casino-Lizenz geknüpft. Hierzulande sei die Online-Konzession an die Lotterien gebunden. Die Sachlage sei durchaus vergleichbar.

Aber nicht nur deshalb: Der EuGH weist – wie schon in ähnlichen Fällen – darauf hin, dass Einschränkungen des Glücksspiels im Hinblick auf den Spielerschutz sowie Geldwäsche möglich und auf nationaler Ebene zu entscheiden seien. Dem gegenüber stünden jedoch wirtschaftliche Interessen: der – zu schützende – Monopolist betreibe selbst Werbung für Glücksspiel. Das wiederum widerspreche dem Spielerschutz. Es gehe um die „Verhältnismäßigkeit“ der Maßnahmen.

## Beschränkung muss gerechtfertigt sein

„Es ist aber offensichtlich, dass eine Einschränkung, die darauf hinausläuft, dass Betreibern von im Inland gelegenen Casinos der Zugang zum Markt für Online-Glücksspiele vorbehalten ist, über das hinausgeht, was als verhältnismäßig angesehen werden kann, sofern weniger restriktive Maßnahmen zur Erreichung der von der ungarischen Regierung angeführten Ziele zur Verfügung stehen“, heißt es im EuGH-Urteil. Und: Der Artikel 56 EU-Vertrag (Dienstleistungsfreiheit) stehe daher im Gegensatz zur konkreten nationalen Regelung.

In Österreich unterliegen zwar im Unterschied zu vielen Ländern Sportwetten nicht dem Glücksspielregime, viele Online-Anbieter bieten aber auch Glücksspiele wie Roulette und Poker an. Diese Firmen (etwa Bet-at-home oder Mr. Green) verfügen über EU-Lizenzen von Gibraltar oder Malta und pochen auf die Dienstleistungsfreiheit. Sie laufen gegen die Pläne von Löger Sturm, zumal sie

auch Steuern zahlen. Sie fordern ein System mit mehreren Onlinelizenzen. „Aufgrund der Staatsbeteiligung an der Casinos Austria ist die Optik dieser Maßnahmen, mit denen gegen die Konkurrenz vorgegangen wird, besonders schief“, kritisiert der für die alternativen Anbieter tätige Rechtsanwalt Twardosz. Man werde die Vorgangsweise des Ministeriums daher genau beobachten.

## AUF EINEN BLICK

**Das Finanzministerium** erachtet alle Anbieter von Internet-Glücksspielen außer die Casinos-Austria-Tochter Lotterien, die über die einzige Onlinelizenz verfügen, als illegal. Rund 2000 solcher Webseiten sind in Österreich zugänglich. Sie sollen mittels IP-Blocking gesperrt werden können. Die Novelle zum Glücksspielgesetz wurde ausgesendet, aber gleich zurückgezogen und wird überarbeitet. Dafür könnte ein aktuelles EuGH-Urteil der Grund sein, meinen Experten. Das Finanzministerium verneint dies. Anlässlich eines ungarischen Falls stellen die EU-Richter die Dienstleistungsfreiheit über Beschränkungen – konkret die Koppelung der Onlinegenehmigung an eine Casino-Lizenz. Auch hierzulande argumentieren Inhaber einer Lizenz aus Gibraltar oder Malta mit der Dienstleistungsfreiheit.

Der Standard.at

04.04.2018

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000077201190/internetblockaden-gegen-illegales-gluecksspiel>

## GLÜCKSSPIEL

# Internetblockaden gegen illegales Glücksspiel

Der Entwurf für eine Glücksspielnovelle gibt den Behörden wirkungsvolle neue Mittel im Kampf gegen illegale Anbieter in die Hand

Melany Buchberger-Golabi

4. April 2018, 15:00



Ausländische Glücksspielanbieter im Internet erfüllen in den meisten Fällen nicht den hohen Standard beim Spielerschutz, den der Gesetzgeber verlangt. Deshalb soll ihr Geschäftsmodell zerstört werden.

Foto: Getty Images / iStock / audioundwerbung

Wien – "Responsible Gaming": Das ist das Ziel der Novelle zum Glücksspielgesetz (GSpG), für die das Finanzministerium im Februar einen Entwurf präsentiert hat. Durch strenge Sanktionierung des illegalen Glücksspiels sollen ein hoher Spielerschutzstandard sichergestellt sowie die Sucht- bzw. wirtschaftliche Existenzgefährdung von Spielern vermieden werden.

Die auf dem inländischen Glücksspielmarkt aktiven Konzessionäre werden gesetzlich zu hohen Spielerschutzstandards angehalten und haben sich auch selbst dazu verpflichtet. Sie sind jedoch im Inland mit illegalem Wettbewerb konfrontiert, der die hohen Schutzstandards negiert. Dieser unlautere Wettbewerb soll durch neue Vorschriften unterbunden und Spieler von illegalem und unkontrolliertem Glücksspiel abgehalten werden.

### IP-Blocking

Als eines der zentralen Probleme gilt dabei das illegale Online-Glücksspiel. Es gibt rund 2000 Internetseiten, die im Inland illegales Glücksspiel anbieten. Das illegale Online-Glücksspiel wird in aller Regel nicht von Österreich aus angeboten. Die Server stehen in Ländern mit zumeist gar keinen oder niedrigeren

Spielerschutzstandards. Über das Internet sind diese Glücksspielangebote jedoch auch im Inland trotz gesetzlichen Verbots für Spieler frei verfügbar.

Als Lösung hat der Gesetzgeber nunmehr die Möglichkeit des sogenannten IP-Blockings vorgesehen (§ 59b GSpG neu). Sollte die Behörde Anhaltspunkte für illegales Online-Glücksspiel haben, wird den Anbietern von Internetzugangsdiensten (den sogenannten Access-Providern) behördlich aufgetragen, Webseiten von illegalen Glücksspielanbietern zu blockieren und damit den Zugang für Enduser zu unterbinden.

Vorausgesetzt der Anbieter der Internetzugangsdienste entspricht den behördlichen Vorgaben, werden in Zukunft Webseiten von illegalen Glücksspielanbietern innerhalb von maximal vier Wochen gesperrt.

Die technische Umsetzung der Sperre bleibt offen. In aller Regel wird der Internetanbieter den DNS-Server rekonfigurieren, sodass dieser die IP-Adresse der illegalen Webseiten nicht länger erkennen kann. Ähnliche Maßnahmen wurden bereits erfolgreich in anderen EU-Ländern wie Belgien, Tschechien oder Portugal umgesetzt. Illegalen Anbietern wird der Zugang zu ihren Kunden abgeschnitten und so ihr Geschäftsmodell zerstört.

Sollte sich der Internetdiensteanbieter als unkooperativ erweisen, hat die Telekom-Control-Kommission weitreichende Sanktionsmöglichkeiten. Sie hat das Recht, Kommunikationsnetze oder -dienste vorübergehend oder aber auch gänzlich zu entziehen und Frequenzen und Kommunikationsparameter zu widerrufen. Dem Anbieter drohen ferner Verwaltungsstrafen nach dem Telekommunikationsgesetz.

Die gesetzlichen Sanktionen treffen unkooperative Anbieter von Internetzugangsdiensten schwer. Diese können im schlimmsten Fall das Ende seines Geschäfts bedeuten.

### **Rascher Mandatsbescheid**

Sind aus Sicht der Behörde durch das illegale Angebot die Ziele des Allgemeininteresses – Spielerschutz, Vermeidung krimineller Handlungen, Vermeidung der Sucht- und Existenzgefährdung – bedroht oder führt ein Verstoß zu ernststen wirtschaftlichen oder betrieblichen Problemen für Nutzer oder andere Anbieter, kann die Telekom-Control-Kommission ihre Anordnungen im Wege eines Mandatsbescheides i. S. d. § 57 AVG erlassen.

Der größte Vorteil des Mandatsbescheids ist die sofortige Rechtskraft ohne vorausgegangenes Ermittlungsverfahren. Rechtsmittel ("Vorstellung") gegen den Mandatsbescheid haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gesetzgeber hat sich sohin eines zügigen und effektiven Verfahrens gegen illegale Online-Glücksspielanbieter bedient. (Melany Buchberger-Golabi, 3.4.2018)

Melany Buchberger-Golabi ist Rechtsanwältin in Wien mit Spezialisierung auf das Glücksspielrecht.

APA

13.04.2018

APA0373 5 WI 0336 II

Fr, 13.Apr 2018

Glücksspiele/Österreich

## **Internetsperren - Weiter warten auf Glücksspielgesetznovelle**

**Utl.: Finanzministerium: "Befindet sich noch in Abstimmung"**

Wien (APA) - Der im Februar vom Finanzministerium versandte, aber kurz darauf zurückgezogene Entwurf zur Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG) ist noch immer nicht da. Der erste Entwurf sah unter anderem Internetsperren (IP-Blocking) vor, was die Anbieter von Online-Glücksspiel auf die Barrikaden trieb. "Die GSpG-Novelle befindet sich noch in Abstimmung", so das Finanzministerium am Freitag zur APA.

Ansonsten ändere sich an den bisherigen Statements nichts, teilte ein Ministeriumssprecher auf Nachfrage mit. Anfang März hatte es aus dem Finanzressort geheißen, der neue Entwurf solle "keine substanziellen inhaltlichen Veränderungen bringen". Damals war die Neuversendung des Entwurfs für die Woche bis 11. März angekündigt worden.

Die Zurückziehung war mit einem "technischen Versehen" begründet worden. Hintergrund waren dem Vernehmen nach Reibereien zwischen den Regierungsparteien, eine Partei soll sich übergangen gefühlt haben.

Mit der Novelle will sich der Staat Zugriff auf die geschätzten 2.000, laut BMF illegalen, von Österreich aus zugänglichen Glücksspielportale im Internet verschaffen. Der Telekomregulator TKK (Telekom-Control-Kommission) soll Portale rasch blockieren können. Das Finanzministerium will damit auch das Monopol des teilstaatlichen Casinos-Austria-Konzerns absichern. Die betroffenen Anbieter - darunter große Seiten wie bet-at-home - befürchten chinesische Verhältnisse und haben bereits Ende Februar angekündigt, sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. Auch wollten sie mit den involvierten Politikern reden, also für eine Liberalisierung des Online-Zockmarkts lobbyieren.

Derzeit ist der Online-Glücksspielbereich nicht reguliert. Nach Ansicht des Finanzministeriums ist Online-Glücksspiel nur auf der Lotterien-Seite win2day (gehört zum Casinos-Austria-Konzern) erlaubt. De facto beherrschen aber nicht-lizenzierte Anbieter 60 Prozent des Markts, wie Kreutzer, Fischer & Partner kürzlich erhob. Die Anbieter des "grauen Markts" vertreten die Rechtsmeinung, sie dürften mit ihren Lizenzen aus anderen EU-Ländern (etwa Malta) in der ganzen EU, also auch in Österreich, anbieten.

Die GSpG-Novelle sah neben IP-Blocking auch vor, dass Spieler ihre Online-Verluste rückwirkend zurückfordern können - innerhalb einer Verjährungsfrist von 30 Jahren. Sämtliche Verträge zwischen Online-Glücksspielanbietern und deren Kunden sollen nämlich nichtig werden.

Autor: snu/ivn

**WOCHE / Bezirkszeitungen**  
**25.04.2018**

*Woche vom 25.04.2018 Seite: 30 Ressort: Österreich*

## **Der Kampf um das Online-Glücksspiel**

Immer mehr Menschen versuchen ihr Glück im Internet. Das hält die Politik und die Branche auf Trab.

Das Glücksspiel boomt. Zwar ist das Automatenglücksspiel, auch "kleines Glücksspiel" genannt, mittlerweile in vier von neun Bundesländern verboten. Doch nun verlagert sich das Glücksspiel immer mehr ins Netz. Der Anstieg ist rasant: 2016 stieg der Bruttospielertrag des heimischen Online-Markts laut der Consultingfirma Kreutzer, Fischer und Partner (KFP) um 25 Prozent auf 254 Millionen Euro.

### **Strenge Regulierung**

Eigentlich ist der Online-Markt streng reguliert. Der Staat vergibt nur eine bundesweite Lizenz an Win2day. Das ist eine Tochterfirma der Casinos Austria, an der neben dem Bund auch Novomatic, das Bankhaus Schelhammer & Schattera und die tschechische Sazka-Gruppe beteiligt sind.

Alle anderen Anbieter sind nach dem Gesetz illegal. Einige Online-Glücksspielanbieter sehen das freilich anders und bombardieren die Gerichte mit Beschwerden gegen entsprechende Finanzamtsbescheide.

### **"20 Verfahren anhängig"**

Wobei hier unterschieden werden muss. Es gibt Angebote aus Europa, die meist über eine Lizenz in Malta oder Gibraltar verfügen und sich daher auf die im Unionsrecht verankerte Dienstleistungsfreiheit berufen. Und es gibt Angebote aus Asien, die als höchst unseriös eingestuft werden und kaum Spielerschutzstandards einhalten. "Derzeit sind, bezogen auf einzelne Beschwerdeführer, bundesweit etwa 20 Verfahren anhängig", so der Sprecher des Bundesfinanzgerichts auf Anfrage der Regionalmedien Austria (RMA). Und was sagen die Betroffenen? "Wir bieten völlig zu Recht an", sagt Raffaella Zillner, die Sprecherin der Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG), die Anbieter wie etwa bet-at-home.com, Mr Green, Cashpoint und Interwetten vertritt, zur RMA. Laut EU-Kommission dürfe zwar die Dienstleistungsfreiheit eingeschränkt werden, räumt Zillner ein, aber das sei unfair, weil Win2day intensiv werbe.

### **Win2day kontert**

Win2day verweist im Gegenzug auf die Entscheidungen verschiedener Gerichte: "Der Verfassungsgerichtshof, der Verwaltungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof bestätigen laufend in ihren Entscheidungen die Europarechtskonformität des österreichischen Glücksspielgesetzes", heißt es gegenüber der RMA.

Die EU-Kommission, die seit Jahren mit ähnlichen Fällen aus anderen EU-Staaten zu tun hat, sprach erst im vergangenen Dezember ein Machtwort und stellte sämtliche

Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten im Bereich des Glücksspiels ein. Österreichs Finanzministerium tüftelt nun an der Überarbeitung des Glücksspielgesetzes. Es geht vor allem um die Einhaltung hoher Standards beim Spielerschutz und die Möglichkeit der Sanktionierung illegaler Internetangebote. In einem Entwurf, der bereits Ende Februar aus Versehen in Begutachtung ging und gleich wieder zurückgezogen wurde, seien Internetsperren von Anbietern ohne österreichische Lizenz vorgesehen gewesen. Wie ein Sprecher des Finanzministeriums bestätigt, soll sich daran substantiell nichts ändern.

#### Internetsperren positiv

Der Arzt und Suchtspezialist Herwig Scholz begrüßt solche Internetsperren. "Online-Glücksspielangebote sind schwer kontrollierbar und gerade Jugendliche haben hier leichteren Zugang", sagt Scholz zur RMA. Er befürchtet allerdings, dass sich Betreiber einiges einfallen lassen werden, um die Sperren zu umgehen.

Problematisch sei es, wenn Schüler etwa über Hausaufgabenseiten auf Werbung für Online-Glücksspiele stoßen. Wichtig sei daher, Kinder und Jugendliche mit Gesprächen zu sensibilisieren. "Jugendliche sollen wissen, dass im Internet nichts geschenkt ist", so der Suchtexperte.

Bericht: Linda Osusky

APA  
26.04.2018

APA0020 5 CI 0689 WI

Do, 26.Apr 2018

Abhängigkeit/Glücksspiele/Österreich

## **Spielsucht: 2017 doppelt so viele Hilfesuchende, 70% zocken online**

**Utl.: Spielsuchthilfe-Klient hatte im Schnitt 58.000 Euro Schulden - Internet am problematischsten, gefolgt von Automaten - Auch Lotto und Börse genannt - Drogenkoordinator beklagt Lobbying**

Wien (APA) - Die Spielsuchthilfe hat 2017 trotz Automatenverbots in Wien doppelt so viele Hilfesuchende wie im Vorjahr registriert. Die Website der u. a. von Casinos Austria und Novomatic finanzierten Einrichtung wurde von fast 107.000 Personen besucht. Die Chefs sind ob des starken Anstiegs überrascht, geht aus dem noch nicht veröffentlichten Bericht zum 35-Jahr-Jubiläum hervor. Grund dafür ist Onlinezocken.

"Seit Jahren beobachten wir die kontinuierlich wachsende Bedeutung des Internet als Glücksspielort bzw. Ort des Wettens bei den bei uns Hilfesuchenden", schreiben die Vorstände der Spielsuchthilfe, der Psychiater Peter Berger und die Psychologin und Psychotherapeutin Izabela Horodecki, im Vorwort des Berichts, der der APA vorliegt. 2017 nannten bereits an die 70 Prozent der Klienten das Web als Ort ihres "problematischen Glücksspiels". 2002 hatte dies noch keiner der Hilfesuchenden angegeben, 2012 dann schon 25 Prozent.

Berger und Horodecki vermuten, dass die Nutzer der zunehmenden Online-Glücksspiel- und Wettangebote erst mit mehrjähriger Verspätung "mit entsprechenden Hilfesuchtverhalten bezüglich ihrer Glücksspielsucht reagierten". Generell suchten sich Spielsüchtige erst nach mehreren Jahren Hilfe.

2017 waren wie in den Vorjahren mehr als 90 Prozent der von der Spielsuchthilfe betreuten Personen "krankhaft spielend". Knapp 40 Prozent waren "schwer spielsüchtig".

Fast 84 Prozent der im Vorjahr betreuten Spieler hatten Schulden, im Schnitt standen Klienten der Spielsuchthilfe mit 57.840 Euro in der Kreide - bei Banken und Privatpersonen sowie in Form von Zahlungsrückständen. Ein Ausreißer von 9 Mio. Euro wurde nicht eingerechnet. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen der Hilfesuchenden lag bei

1.519 Euro. Vier von 100 Personen waren zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme in Privatkonkurs, zwölf Prozent wurden gepfändet.

Das seit Anfang 2015 gültige Automatenverbot in Wien schlug sich in den Zahlen der Spielsuchthilfe nicht nieder. Dem Bericht zufolge nahm der Anteil der Klienten mit der Diagnose pathologisches Spielen (nach dem anerkannten US-Klassifikationssystem DSM) seit 2011 zu und überschritt 2013 die 90-Prozent-Marke. Der Anteil der schwer pathologischen Spieler - das sind Personen, die mindestens neun von zehn Diagnosekriterien erfüllen - lag von 2012 bis 2017 bei jeweils über 32 Prozent. Seit dem Wiener Automatenverbot gab es keinen Rückgang, sondern eine leichte Steigerung. Bei vielen Glücksspielabhängigen werden zusätzlich andere psychiatrische Erkrankungen diagnostiziert.

Während die Betroffenen bis vor kurzem am häufigsten Automaten als Problemspielart dargestellt hatten, lag 2017 erstmals das Internetglücksspiel an erster Stelle (66,6 Prozent). Automaten wurden von 54,6 Prozent als problembehaftet erlebt, gefolgt von Wetten (44,3 Prozent), Casinoautomaten (31,9 Prozent), Roulette (22,2 Prozent), Karten (17,6 Prozent), Rubbel-Brieflosen (9,4 Prozent), Lotto (7,5 Prozent), Börsenspekulationen (5,4 Prozent) und Toto (2,1 Prozent).

Michael Dressel, der Sucht- und Drogenkoordinator der Stadt Wien, lobt im Vorwort des Berichts das Automatenverbot der Bundeshauptstadt, "weil wir aus der Suchtforschung wissen, dass die Verfügbarkeit von Suchtmitteln beziehungsweise Spielmöglichkeiten ein wesentlicher Faktor in der Entstehung von Sucht ist." Die Wiener Sucht- und Drogenkoordination fördert seit 2011 einen Teil Beratungs- und Behandlungskosten der Spielsuchthilfe, wie es auf der Homepage der Einrichtung heißt.

Ganz anderer Meinung ist Helmut Kafka vom Automatenverband: Das Automatenverbot habe puncto Spieler- und Jugendschutz nichts bewirkt. Es hätten stattdessen ausländische Online-Anbieter das Geschäft übernommen. Im Netz gebe es überhaupt keine Restriktionen, sogar Kinder und Jugendliche könnten dort spielen, so Kafka mit Verweis auf sogenannte Lootboxen, virtuelle Schatzkisten in Computerspielen, die man auch für Geld kaufen kann, zur APA.

Suchtkoordinator Dressel indes fordert, dass Glücksspielanbieter gesetzlich dazu verpflichtet werden, "vermehrt Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Tätigkeit zu übernehmen". Die derzeit meist freiwillig geleisteten Beiträge seien im Vergleich zu den Gewinnen, "die die Spielindustrie erwirtschaftet, verschwindend gering und machen

Einrichtungen wie die Spielsuchthilfe vom Wohlwollen der Glücksspielanbieter abhängig", wie er schreibt.

In der jüngeren Vergangenheit hätten es "veränderte Eigentumsverhältnisse bei den Glücksspielanbietern und eine damit einhergehende Marktkonzentration sowie intensives Lobbying ... spürbar schwieriger gemacht, den SpielerInnenschutz bundesweit zu verbessern", beklagt Dressel weiter, ohne Namen zu nennen.

Der niederösterreichische Automatenplatzhirsch Novomatic ist seit kurzem Teileigentümer des teilstaatlichen Casinos-Austria-Konzerns, der wiederum ein Monopol auf das Casinospielen, Lotto sowie das Internet-Glücksspiel hat. Online gibt es daneben aber einen riesigen "grauen Markt".

Autor: snu

APA  
01.06.2018

APA0229 5 WI 0627 CI/IT

Fr, 01.Jun 2018

Glücksspiele/Novomatic/Casinos Austria/Österreich/Niederösterreich

## **Online-Glücksspielsektor wuchs auch 2017 stark, grauer Markt riesig**

**Utl.: Berater Kreutzer erneuert Forderung nach Liberalisierung des Marktes - Österreicher gaben im Vorjahr auch mehr für Lotto und Zocken in Casinos und Spielhallen aus**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Immer mehr Menschen zocken im Internet. Auch 2017 ist der Online-Glücksspiel und -Sportwettenmarkt rasant gewachsen, zeigt der am Freitag veröffentlichten "Branchenradar" des Beraters Andreas Kreutzer. Der Marktanteil der Anbieter ohne österreichische Lizenz liegt bereits bei 65 Prozent, weswegen Kreutzer weiter für eine Liberalisierung des Internetglücksspiel plädiert.

Auch offline ist die Spiellust der Österreicher ungebrochen. Insgesamt legte der Markt für Glücksspiel und Sportwetten - genauer: die Bruttospiel- und -wetterträge - um vier Prozent auf 1,675 Mrd. Euro zu. Der Großteil davon entfiel mit 716 Mio. Euro (2016: 700 Mio.) auf den stationären Sektor. Dazu rechnet Kreutzer die zwölf Inlandscasinos des teilstaatlichen Casinos-Austria-Konzerns, die Sportwettbüros (zum Beispiel die "Admiral"-Spielstätten des Branchenriesen Novomatic) sowie das Automatenglücksspiel in den Bundesländern, das ebenfalls Novomatic und der Casinos-Konzern mit seinen WINWIN-Spielhallen dominieren.

Das Lotteriespiel (offline und online auf win2day gelöste Scheine) kam auf 676 (656) Mio. Euro, und der Online-Sektor auf 283 nach 254 Mio. Euro im Jahr davor. Der Bruttospielertrag der Online-Anbieter erhöhte sich damit um mehr als 11 Prozent, sie schulterten fast 45 Prozent des Gesamtwachstums am Glücksspielsektor.

Die zu den Lotterien des Casinos-Austria-Konzerns gehörende Plattform win2day, die hierzulande als einzige legal Online-Glücksspiel anbieten darf, trug laut Kreutzer vergleichsweise nur einen geringen Teil zum Zuwachs bei. "Knapp 85 Prozent kamen von Spieleplattformen, die ohne heimische Lizenz anbieten. Damit stieg deren Marktanteil auf rund 65 Prozent."

Auf diesem "grauen Markt", wie Kreutzer ihn nennt, ist die Konzentration der Anbieter hoch. Die zehn Größten teilten sich im Vorjahr mehr als 85 Prozent des Marktvolumens.

Durch das starke Wachstum des Online-Sektors sank der Marktanteil des stationären Glücksspielbereichs um 0,7 Prozentpunkte auf 42,8 Prozent, jener des Lottospiels um 0,4 Prozentpunkte auf 40,3 Prozent.

Angesichts des hohen Anteils des "grauen Markts" - das sind Anbieter wie bwin bet-at-home - rief Kreutzer den Gesetzgeber erneut dazu auf, das Online-Glücksspiel zu liberalisieren, also ein paar österreichische Lizenzen zu vergeben. Derzeit gibt es nur die vom Finanzministerium erteilte Lotterielizenz, die die Casinos-Austria-Tochter Lotterien zum Online-Zocken berechtigt.

Die zahlreichen anderen Anbieter halten das Glücksspielmonopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig. Sie operieren meist mit einer Lizenz aus Malta oder aus einem anderen EU-Land und sagen, die Dienstleistungsfreiheit erlaube ihnen, mit dieser Konzession in allen Staaten der Union Geschäfte zu machen.

Was die rechtliche Situation noch komplizierter macht: Auf vielen der Seiten werden neben Glücksspiel auch Sportwetten angeboten, die in Österreich, im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern, legal sind, weil sie nicht unter das Glücksspielmonopol fallen. "80 Prozent des grauen Online-Glücksspiels findet auf Sportwettplattformen statt", sagte Kreutzer zur APA.

Der Berater hat bereits im März gemeinsam mit großen, nicht in Österreich lizenzierten Online-Anbietern öffentlich für eine Marköffnung plädiert. Die vom Finanzministerium geplanten Sperren von illegalen Zockseiten (IP blocking) hatte bei den Anbietern für Empörung gesorgt.

Im Februar hatte das Finanzministerium einen Entwurf für die Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG) in Begutachtung geschickt, der unter anderem Internetsperren vorsah. Damit wollte Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) das nicht erlaubte Glücksspiel zurückdrängen und das Monopol der Casinos Austria, die zu einem Drittel dem Staat gehören, schützen. Vorgesehen war auch, dass mit der Novelle bisher geschlossene Verträge zwischen Spielern und illegalen Anbietern nichtig werden, wodurch es möglich wäre, rückwirkend verlorene Einsätze zurückzuverlangen.

Der Entwurf wurde jedoch kurz nach Versendung zurückgezogen; begründet wurde das mit einem technischen Versehen. Erneut versandt wurde der Entwurf, entgegen mehrerer Ankündigungen des Finanzministeriums, bisher nicht. Die geplante Novelle hatte bei den Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ nach APA-Informationen für Diskussionen gesorgt, es ging unter anderem um den Einfluss der betroffenen Großkonzerne.

Autor: [snu/ggr](#)

**Futurzone.at**

**01.06.2018**

Link: <https://futurezone.at/b2b/liberalisierung-von-oesterreichischem-online-gluecksspiel-gefordert/400044239>

## **Liberalisierung von österreichischem Online-Glücksspiel gefordert**

**Der Markt für Online-Glücksspiel wächst stark, mit Win2Day gibt es aber nur einen österreichischen Anbieter.**

Immer mehr Menschen zocken im Internet. Auch 2017 ist der Online-Glücksspiel und - Sportwettenmarkt rasant gewachsen, zeigt der am Freitag veröffentlichten "Branchenradar" des Beraters Andreas Kreutzer. Der Marktanteil der Anbieter ohne österreichische Lizenz liegt bereits bei 65 Prozent, weswegen Kreutzer weiter für eine Liberalisierung des Internetglücksspiel plädiert.

Auch offline ist die Spiellust der Österreicher ungebrochen. Insgesamt legte der Markt für Glücksspiel und Sportwetten - genauer: die Bruttospiel- und -wetterträge - um vier Prozent auf 1,675 Mrd. Euro zu. Der Großteil davon entfiel mit 716 Mio. Euro (2016: 700 Mio.) auf den stationären Sektor. Dazu rechnet Kreutzer die zwölf Inlandscasinos des teilstaatlichen Casinos-Austria-Konzerns, die Sportwettbüros (zum Beispiel die "Admiral"-Spielstätten des Branchenriesen Novomatic) sowie das Automatenglücksspiel in den Bundesländern, das ebenfalls Novomatic und der Casinos-Konzern mit seinen WINWIN-Spielhallen dominieren.

### **Nur eine österreichische Plattform**

Das Lotteriespiel (offline und online auf win2day gelöste Scheine) kam auf 676 (656) Mio. Euro, und der Online-Sektor auf 283 nach 254 Mio. Euro im Jahr davor. Der Bruttospielertrag der Online-Anbieter erhöhte sich damit um mehr als 11 Prozent, sie schulterten fast 45 Prozent des Gesamtwachstums am Glücksspielsektor.

Die zu den Lotterien des Casinos-Austria-Konzerns gehörende Plattform win2day, die hierzulande als einzige legal Online-Glücksspiel anbieten darf, trug laut Kreutzer vergleichsweise nur einen geringen Teil zum Zuwachs bei. "Knapp 85 Prozent kamen von Spieleplattformen, die ohne heimische Lizenz anbieten. Damit stieg deren Marktanteil auf rund 65 Prozent."

Auf diesem "grauen Markt", wie Kreutzer ihn nennt, ist die Konzentration der Anbieter hoch. Die zehn Größten teilten sich im Vorjahr mehr als 85 Prozent des Marktvolumens. Durch das starke Wachstum des Online-Sektors sank der Marktanteil des stationären Glücksspielbereichs um 0,7 Prozentpunkte auf 42,8 Prozent, jener des Lottospiels um 0,4 Prozentpunkte auf 40,3 Prozent.

## Monopol angezweifelt

Angesichts des hohen Anteils des "grauen Markts" - das sind Anbieter wie bwin bet-at-home - rief Kreutzer den Gesetzgeber erneut dazu auf, das Online-Glücksspiel zu liberalisieren, also ein paar österreichische Lizenzen zu vergeben. Derzeit gibt es nur die vom Finanzministerium erteilte Lotterielizenz, die die Casinos-Austria-Tochter Lotterien zum Online-Zocken berechtigt.

Die zahlreichen anderen Anbieter halten das Glücksspielmonopol der Casinos Austria für EU-rechtswidrig. Sie operieren meist mit einer Lizenz aus Malta oder aus einem anderen EU-Land und sagen, die Dienstleistungsfreiheit erlaube ihnen, mit dieser Konzession in allen Staaten der Union Geschäfte zu machen.

Was die rechtliche Situation noch komplizierter macht: Auf vielen der Seiten werden neben Glücksspiel auch Sportwetten angeboten, die in Österreich, im Gegensatz zu vielen anderen EU-Ländern, legal sind, weil sie nicht unter das Glücksspielmonopol fallen. "80 Prozent des grauen Online-Glücksspiels findet auf Sportwettplattformen statt", sagte Kreutzer zur APA.

## Umstrittener Entwurf zurückgezogen

Der Berater hat bereits im März gemeinsam mit großen, nicht in Österreich lizenzierten Online-Anbietern öffentlich für eine Marköffnung plädiert. Die vom Finanzministerium geplanten Sperren von illegalen Zockseiten über IP-Adressen hatte bei den Anbietern für Empörung gesorgt.

Im Februar hatte das Finanzministerium einen Entwurf für die Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG) in Begutachtung geschickt, der unter anderem Internetsperren vorsah. Damit wollte Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) das nicht erlaubte Glücksspiel zurückdrängen und das Monopol der Casinos Austria, die zu einem Drittel dem Staat gehören, schützen. Vorgesehen war auch, dass mit der Novelle bisher geschlossene Verträge zwischen Spielern und illegalen Anbietern nichtig werden, wodurch es möglich wäre, rückwirkend verlorene Einsätze zurückzuverlangen.

Der Entwurf wurde jedoch kurz nach Versendung zurückgezogen; begründet wurde das mit einem technischen Versehen. Erneut versandt wurde der Entwurf, entgegen mehrerer Ankündigungen des Finanzministeriums, bisher nicht. Die geplante Novelle hatte bei den Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ nach APA-Informationen für Diskussionen gesorgt, es ging unter anderem um den Einfluss der betroffenen Großkonzerne.

**APA OTS**  
**Arbeiterkammer**  
**31.07.2018**

OTS0019 5 WI 0227 AKW0001 CI

Di, 31.Jul 2018

Glücksspiele/Arbeiterkammer

## **AK: Online-Zocken – Urteil stärkt Spielerschutz**

Wien (OTS) - Wer Geld bei illegalen Online-Glücksspielen verloren hat, kann es laut einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH) aus dem Jahr 2017 zurückfordern. Die AK begrüßt dieses Urteil und fordert klare gesetzliche Maßnahmen zum Spielerschutz. Eine bereits in Begutachtung geschickte Novelle des Finanzministeriums zum Glücksspielgesetz, die mehr Spielerschutz vorsah, wurde bedauerlicherweise aus unbekannten Gründen wieder schubladisiert.

Illegales Online-Glücksspiel boomt. Eine oberstgerichtliche Entscheidung hat 2017 klargestellt: Solche Verträge sind nichtig. Daher können SpielerInnen ihr verzocktes Geld wieder zurückfordern. Die AK begrüßt dieses Urteil und fordert klare gesetzliche Regelungen zum Spielerschutz. So sollen sich nur SpielerInnen, nicht aber die Anbieter von illegalen Online-Glücksspielen auf die Nichtigkeit berufen können. Damit soll verhindert werden, dass solche Anbieter Gewinne von SpielerInnen zurückfordern.

Das Finanzministerium plante im Februar eine Novelle zum Glücksspielgesetz. Es sollte gesetzlich klargestellt werden, dass illegale Glücksspielverträge nichtig sind und SpielerInnen somit auch ihr verlorenes Geld zurückfordern können. Der Gesetzesentwurf sah überdies vor, dass die Seiten illegaler Glücksspielanbieter gesperrt werden können. Der Entwurf wurde jedoch zurückgezogen – seitdem ist von diesem Vorhaben nichts mehr zu hören. In den Erläuterungen des Finanzministeriums zu dem Entwurf wird von rund 2.000 illegalen Internetseiten für Glücksspiele ausgegangen.

Das Finanzministerium soll die geplante Novellierung des Glücksspielgesetzes wieder aufnehmen, verlangt die AK.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Wien

Doris Strecker

(+43-1) 501 65-12677, mobil: (+43) 664 845 41 52

[doris.strecker@akwien.at](mailto:doris.strecker@akwien.at)

<http://wien.arbeiterkammer.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

OTS0019 2018-07-31/09:18

310918 Jul 18

**Tiroler Tageszeitung**  
**11.09.2018**

*Tiroler Tageszeitung vom 11.09.2018 Seite 4 Ressort: Tirol*

*Von Manfred Mitterwachauer*

## **Glücksspiel: Kammer warnt vor Eingriff**

Über weite Strecken begrüßt die Wirtschaftskammer die geplanten Verschärfungen des Landes. Die Reglementierung im Internet könnte aber "Arbeitsplätze vernichten".

Innsbruck-Der Kampf gegen das illegale Glücksspiel soll forciert werden. Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (VP) hat hierzu eine Novelle des Buchmacher- und Totalisatorgesetzes bis zum Frühjahr 2019 angekündigt, die TT berichtete. Mit der Novelle sollen "Klingelbetriebe" verboten, Vermieter haftbar gemacht, Gesellschaftswetten reglementiert und der Online-Bereich neu aufgenommen werden.

Dass man sich diesbezüglich bereits seit mehreren Monaten mit den Landesbehörden in intensiver Abstimmung befinde, bestätigt der Berufsgruppensprecher für Spielautomaten und Buchmachergewerbe in der Wirtschaftskammer, Hansjörg Kogler, auf TT-Anfrage. Man gehe daher auch mit fast allen Vorschlägen des Landes d'accord. Das Aus für Klingelbetriebe begrüße man beispielsweise sehr, auch Gesellschaftswetten gehörten geregelt. Übers Ziel hinausschießen würde das Land aber mit der Absicht, auch die Online-Glücksspiele im Internet zu reglementieren. Tirol sei hierfür zu klein. Solche Initiativen hätten nur Sinn, gingen sie von der EU aus. Insofern würde eine Tiroler Insellösung in Sachen Internet "nichts anderes als nur Arbeitsplätze vernichten", ist Kogler überzeugt. Firmen, die bis dato in Tirol ihren (Server) Sitz hätten, würden dann halt in Wien oder im Burgenland um eine Konzession ansuchen oder überhaupt ins Ausland absiedeln. Ansässige Betriebe wären ihrer Konkurrenzfähigkeit beraubt. Nicht aber jene, die das Land mit der Novelle eigentlich treffen wolle, befürchtet Kogler: "Statt die Illegalen zu schwächen, würden sie gestärkt." Dass es in Tirol indes ein zunehmendes Problem mit manipulierten bzw. umgebauten Automaten gebe, sei ihm nicht bekannt, sagt Kogler. Er weiß im vergangenen Jahr nur von einem Fall zu berichten-einer, der auch klare Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

Volle Rückendeckung erhält Zoller-Frischauf von der FPÖ. Auch wenn ihm der Inhalt der Novelle noch nicht bekannt sei, so pocht Landesparteichef Markus Abwerzger im Kampf gegen das illegale Glücksspiel darauf, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um des Problems Herr zu werden: "Effektivste Maßnahme im Kampf gegen das illegale Glücksspiel ist sicherlich der Entzug der Gewerbeberechtigung für Wiederholungstäter." Das Glücksspiel sei für viele Privatkonkurse und den sozialen Abstieg von Spielsüchtigen verantwortlich.

Überwachen, kontrollieren, strafen-auch für Liste-Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider ginge eine weitere Verschärfung der Gesetzeslage in Ordnung. Sie kritisiert vielmehr, dass selbiges bereits in der großen Novelle des Buchmachergesetzes im Jahre 2017 versprochen wurde: "Das scheint aber nicht gegriffen zu haben. Offensichtlich bringt die Regierung kein Gesetz zustande, das länger als ein Jahr hält."

NEOS-Landesobmann Dominik Oberhofer würde überhaupt einen anderen Weg

einschlagen und die bisher sowohl auf Landes- wie Bundesebene geregelten Glücksspielbestimmungen vereinheitlichen: "Uneinheitliche Gesetzeslösungen in den Bundesländern öffnen die Hintertür für das illegale Glücksspiel." Zoller-Frischauf sollte sich besser für eine starke Bundesgesetzgebung einsetzen, als sich Gedanken über ein Verbot von Gesellschaftswetten machen, so Oberhofer: "Diese machen nur 0,001 Prozent des Umsatzes von Wettbüros aus."

Kleine Zeitung.at

24.10.2018

Link: [https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/5518341/Gefahr-Gluecksspiel\\_So-laeuft-das-lukrative-Spiel-mit-der-Sucht](https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/5518341/Gefahr-Gluecksspiel_So-laeuft-das-lukrative-Spiel-mit-der-Sucht)

## GEFAHR GLÜCKSSPIEL

### So läuft das lukrative Spiel mit der Sucht

2,5 Millionen Euro muss Novomatic einem Spielsüchtigen zahlen, urteilte ein Gericht. Der Fall wirft Licht auf eine Schattenwelt mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern.

Von **Thomas Golser und Thomas Macher** | 06.00 Uhr, 24. Oktober 2018

Das Geld, das er hatte, steckte er in die Automaten: jeden Tag, stundenlang, bis alles weg oder er einfach zu erschöpft war, um weiterzuzocken. Einmal verspielte der Mann 13.000 Euro innerhalb von 45 Minuten.

Sein Fall wurde vor dem Landesgericht Wiener Neustadt verhandelt. Er hatte den Glücksspielkonzern Novomatic geklagt. Das Gericht gab ihm recht. Die Rekordsumme von rund 2,5 Millionen Euro muss der Konzern dem Spielsüchtigen zurückzahlen, wurde gestern bekannt.

Der Kläger konnte dem Gericht beweisen, dass er in Wien zwischen 2002 und 2012 derart viel Geld an Novomatic-Automaten verspielte: Er hatte seine und die Kreditkarte seiner Frau benützt, Geld aus der Kassa seines Geschäfts genommen, worüber er Aufzeichnung führte. Und dann waren da noch Geschenke seiner Eltern und seines Bruders.

Der Mann ist spielsüchtig, urteilte ein Gutachter. Novomatic hätte ihn nicht an die Automaten lassen dürfen. Das Gericht kam außerdem zu dem Schluss, dass die vom Kläger benutzten Maschinen zu viel Geld ausgespuckt und zu hohe Einsätze akzeptiert hätten. Das verstoße gegen das Glücksspielgesetz.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Novomatic hat Berufung eingelegt.

## GESETZLICHE REGELN DES GLÜCKSSPIELS

Der Staat vergibt über das Finanzministerium Lizenzen für das Glücksspiel. Eine solche haben die Casinos Austria, die zwölf Casinos betreiben. Die Österreichische Lotterie darf unter anderem Lotto, Toto und auch Spiele im Netz anbieten. Für das sogenannte kleine Glücksspiel mit Automaten vergeben die Bundesländer Lizenzen; der Staat gibt rechtliche Mindeststandards vor.

Erlaubt ist das kleine Glücksspiel in Niederösterreich, Oberösterreich, in der Steiermark, in Kärnten und im Burgenland. Rund 7000 legale Spielautomaten sind derzeit in Österreich in Betrieb.

„Das Urteil und die Verfahrensführung weisen unserer Ansicht nach viele offensichtliche Mängel auf“, hieß es gestern in einer Stellungnahme des Konzerns gegenüber der Kleinen Zeitung. Der Betrieb der Automaten sei laut Novomatic rechtens gewesen. Das Spielverhalten des Mannes habe man nicht nach den „heutigen Standards“ überprüfen können, da damals noch anonym gespielt wurde, ließ man dazu wissen.

Wie auch immer der Fall ausgeht – er macht deutlich, welch riesige Summen in das Glücksspiel fließen. 1,675 Milliarden Bruttospiel- und Wetterträge verzeichnete der Markt für Glücksspiel und Sportwetten im Vorjahr, meldete der „Branchenradar“. Ein großer Teil davon wandert in Automaten Schlitz. Der „Branchenradar“ zeigt auch, dass immer mehr Menschen im Internet zocken.

Auch die Suchthilfe kann das bestätigen. 2017 nannten bereits 66 Prozent ihrer Klienten das Internet als Ort ihres „problematischen Glücksspiels“, heißt es in einem Bericht der Spielsuchthilfe in Wien. Automaten wurden von 54,6 Prozent der Befragten als problembehaftet erlebt, gefolgt von Wetten (44,3 Prozent), Casinoautomaten (31,9 Prozent) und Roulette (22,2 Prozent). „Seit Jahren beobachten wir die kontinuierlich wachsende Bedeutung des Internets als Glücksspielort bzw. Ort des Wettens“, heißt es vonseiten der Spielsuchthilfe.

Besonders gefährlich: Im World Wide Web ist kaum zu überblicken, wo gespielt wird. Geschätzte 2000 illegale Zockerseiten sind derzeit von Österreich aus im Internet zugänglich. Der Staat hat keine rechtliche Handhabe gegen sie.

Das Finanzministerium will gegen die Seiten mit einer Novelle des Glücksspielgesetzes (GSpG) vorgehen. Auch der Spieler- und Jugendschutz soll erhöht werden. Der Gesetzesentwurf war schon im Februar fertig, wurde dann aber wieder zurückgezogen. Seitdem ist nichts passiert. Die Novelle sei weiter „in Abstimmung befindlich“, hieß es dazu gestern aus dem Finanzministerium.

### **„FAST-GEWINN ERHÖHT GEFAHR“**

Psychologin Monika Lierzer im Interview über Gesetze, fatale Angebote und Lügegebäude der Spieler.

**Frau Lierzer, Sie sind Leiterin der Fachstelle für Glücksspielsucht an der steirischen Gesellschaft für Suchtfragen: Wie gefährlich ist Glücksspiel – ab wann driftet jemand ab?**

**MONIKA LIERZER:** Ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Glücksspielabhängigkeit abgleiten: Erhöhtes Spielangebot und einfacherer Zugang steigern die Anzahl der Betroffenen. Je schneller das nachfolgende Spiel möglich ist, desto höher das Suchtpotenzial. Und: „Fast-Gewinne“ führen zu einer optimistischen Erwartungshaltung im Sinne von: „Der Gewinn ist greifbar nahe!“ Auf diese Weise wird die Wahrscheinlichkeit zum Weiterspielen erhöht.

**Suchen Spielsüchtige immer selbst die Beratung bei Ihnen – oder werden Angehörige aktiv?**

Pathologische Glücksspieler suchen in der Regel in Notsituationen Hilfe. Finanzielle, familiäre und psychische Probleme sind Hauptmotive. Auslöser, um einen Termin zu vereinbaren, ist immer wieder die Androhung einer Trennung oder die Verweigerung weiterer finanzieller Mittel. Angehörige kommen seltener, sie schämen sich häufig. Manche wissen nichts von dem Problem ihres Angehörigen.

**Ist Online-Zocken das neue Maß der Dinge – also besonders attraktiv?**

Online-Glücksspiel hat zugenommen in den letzten Jahren. Epidemie ist keine erkennbar.

**Gibt es viele Fälle, in denen der Anschein einer normalen Existenz aufrechterhalten werden kann? Spielsucht als „verdeckte“ Sucht?**

Ja. Vielen Spielern gelingt es oft, über Jahre ihre Sucht auch vor engsten Angehörigen zu verheimlichen. Sie sind sehr kreativ im Erfinden von Wegen, zu Geld zu kommen. Nicht wenige verstricken sich in ein Lügengebäude, das es noch schwerer macht, sich helfen zu lassen. So wird Suchtdynamik beschleunigt und verstärkt.

**Ist Glücksspielsucht männlich dominiert?**

Ja, es gibt hier ein Verhältnis von 80 zu 20.

**Warum schlägt sich das seit 2015 in Wien gültige Automatenverbot in den Zahlen nicht nieder?**

Es gab und gibt dort eine Verlagerung hin zu den Sportwetten. Zusätzlich existieren nach wie vor auch illegale Spielmöglichkeiten.